

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. September 1986

** Analyse de la votation fédérale du 28 septembre 1986*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein	Leer
Eidgenössische Kultur-Initiative	16.7 %	75.2 %	8.1 %
Gegenvorschlag zur Eidg. Kultur-Initiative	39.3 %	48.1 %	12.6 %
Initiative für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung	18.4 %	81.6 %	
Bundesbeschluss über den inländischen Zucker- anbau	38.2 %	61.8 %	
Stimmbeteiligung 34.9 %			

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. September 1986	
Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und franzö- sischen Schweiz	3
1 Das Beteiligungsverhalten: Die Stimmbeteiligung und besondere Mo- bilisierungseffekte	4
2 Die Kultur-Initiative und ihr Gegenvorschlag	5
2.1 Das Stimmverhalten	7
2.2 Die Meinungsbildung	8
2.3 Wie weiter mit der Kulturförderung?	14
3 Der Zuckerbeschluss	18
3.1 Die Konfliktlinien - Das Stimmverhalten nach Merkmals- gruppen	18
3.2 Spontan genannte Entscheidmotive	21
3.3 Gewichtung wichtiger Argumente der befürwortenden und geg- nerischen Komitees	22
4 Die Lehrwerkstätten-Initiative	24
4.1 Die Konfliktlinien - Das Stimmverhalten nach Merkmals- gruppen	25
4.2 Spontan genannte Entscheidmotive	25
4.3 Ausgewählte Einstellungen zur Berufsbildung	29
Zusammenfassung der Hauptergebnisse	30
* Récapitulation des résultats principaux	31
Anzeigen der beteiligten Institute	33

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate

	Kultur-Initiative			Gegenvorschlag zur Kultur-Initiative			Lehrwerkstätten-Initiative	Zuckerbe-schluss	Stimme-teiligung
	Ja	Nein	Leer	Ja	Nein	Leer	Ja	Ja	(in %)
CH	16.7	75.2	8.1	39.3	48.1	12.6	18.4	38.2	34.9
ZH	20.9	73.0	6.1	39.3	48.2	12.5	23.0	30.0	39.5
BE	14.0	79.1	6.9	39.9	47.8	12.3	15.9	43.7	35.4
LU	13.6	74.1	12.3	37.6	47.6	14.8	13.2	41.2	40.2
UR	11.5	78.4	10.1	45.3	44.6	10.1	16.7	36.6	36.4
SZ	10.2	80.0	9.8	35.1	51.7	13.2	12.5	41.8	32.8
OW	7.6	78.9	13.5	49.1	40.5	10.4	9.8	46.5	32.6
NW	10.2	80.2	9.6	44.4	44.4	12.2	7.9	41.2	35.5
GL	9.3	81.5	9.2	38.0	51.3	10.7	10.2	32.8	32.8
ZG	12.8	75.5	11.7	40.7	46.7	12.6	13.8	35.3	43.7
FR	15.7	74.1	10.2	46.3	40.8	12.9	16.4	59.0	34.4
SO	15.8	76.6	7.4	42.9	46.6	10.5	23.7	31.9	46.1
BS	25.9	63.2	10.9	42.6	40.4	17.0	28.6	17.2	32.4
BL	17.9	74.7	7.4	43.0	45.8	11.2	20.1	22.9	40.1
SH	14.1	77.9	8.0	38.4	48.9	12.6	17.2	38.3	69.7
AR	10.1	80.3	9.6	41.0	47.7	11.3	10.8	38.0	43.9
AI	7.2	84.2	8.6	46.8	45.2	8.0	5.5	45.7	39.8
SG	11.1	81.3	7.6	41.0	48.5	10.5	10.8	34.8	36.0
GR	14.0	72.9	13.1	45.5	41.1	13.4	18.3	39.6	29.5
AG	12.8	79.3	7.9	35.0	54.3	10.7	13.8	33.9	35.1
TG	11.0	81.3	7.7	45.2	45.2	9.6	12.1	50.6	44.8
TI	25.7	67.0	7.3	47.1	39.4	13.5	27.3	31.7	24.0
VD	21.2	71.9	6.9	31.0	54.0	15.0	20.8	55.9	24.9
VS	15.8	70.5	13.7	25.3	57.6	17.1	20.4	54.3	27.9
NE	21.3	69.9	8.8	31.1	54.0	14.9	19.9	36.6	25.4
GE	25.2	67.8	7.0	35.6	50.7	13.7	24.4	39.4	19.5
JU	19.8	66.3	13.9	45.5	39.1	15.4	24.1	54.3	41.4

Quelle: *BBl*, 1986, III, S. 897ff.

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. September 1986

Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung in der deutschen und französischen Schweiz

«Rien ne va plus!» Auf den ersten Blick hätte man die Ergebnisse des Abstimmungswochenendes vom 28. September 1986 mit diesen Worten kommentieren können. Hoch abgelehnt wurden die *Initiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung»* (81,6% Nein; 23 verwerfende Stände) und die «*Eidgenössische Kulturinitiative*» (75,2% Nein; 23 verwerfende Stände). Mit dem *Gegenvorschlag zur Kultur-Initiative* (48,1% Nein; 23 verwerfende Stände) und dem *Bundesbeschluss über den inländischen Zuckerausbau* (61,7% Nein) scheiterten aber auch die beiden Vorlagen, welche Bundesrat und Parlament unterstützt hatten.

Geht wirklich nichts mehr in der schweizerischen Politik? Oder muss das vierfache Nein differenzierter beurteilt werden? Diese Frage aus der Sicht der aktiven (und passiven) Bürger und Bürgerinnen zu beantworten, ist die Hauptabsicht der nachfolgenden Untersuchung.

Damit sind die *bewährten Problemstellungen der VOX-Analysen* angesprochen:

- Vorerst beschäftigen wir uns mit *Verhaltensaspekten*: Wer nahm am letzten Urnengang teil? Wer votierte für oder gegen die einzelnen Vorlagen? Lassen sich bestimmte, allgemein typische Konfliktlinien erkennen?
- Bei jeder Vorlage geht es aber auch um *Aspekte der Meinungsbildung*: Wie begründen die Teilnehmenden ihren Entscheid? In welchem Masse unterstützen sie die wichtigsten von den gegensätzlichen Komitees vertretenen Argumente?

Die *besondere Ausgangslage bei der Kultur-Initiative und ihrem Gegenvorschlag* führte zu einem weiteren Schwerpunkt: Wenn nach dem 28. September eine Verfassungsnorm als abstrakte Regelung fehlt, wie stehen dann die Stimmberechtigten einzelnen von der Exekutive befürworteten konkreten Förderungsmassnahmen gegenüber? Was kennen sie von der heutigen Kulturförderung des Bundes, und wo sehen sie zukünftige Akzente?

Alle Aussagen, die in der Folge gemacht werden, beruhen auf einer Repräsentativ-Befragung, die vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern konzipiert worden ist. Dieses zeichnet auch für die Gesamtinterpretation verantwortlich. Die Feldarbeit übernahm die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung. Mittels standardisierter, in der Regel zu Hause durchgeführter Interviews wurden 695 stimmberechtigte Bürger und Bürgerinnen in der deutschen und französischen Schweiz befragt. Die Auswahl der Ortschaften erfolgte nach einem Zufallsmuster. Die Personenauswahl nahmen die Befrager selber vor; dabei hatten sie sich an vorgegebene Quoten für das Geschlecht, Alter und die berufliche Stellung zu halten. Die ersten Interviews fanden am Montag nach der Abstimmung statt; die ganze Befragung war innert 20 Tagen abgeschlossen.

1) Das Beteiligungsverhalten: Die Stimmbeteiligung und besondere Mobilisierungseffekte

Die Beteiligungshöhe kann dem Abstimmungsresultat ein variierendes Gewicht verleihen: Nehmen viele Berechtigte teil, fällt es der obsiegenden Mehrheit einfacher, ihren Standpunkt als allgemein vorherrschende Haltung zu erklären. Umgekehrt ist der Schluss dagegen nicht zwingend, setzt sich doch auch bei einer tiefen Teilnahmequote der massgebliche Souverän nicht zufällig zusammen. Der Grund dafür liegt in der Teilnahmendisposition der einzelnen Bürger und Bürgerinnen. Gemäss längerfristigen Trends können grob gesagt 30% der Stimmberechtigten als regelmässig Teilnehmende eingestuft werden; sie würden sich auch bei einer wiederholten Abstimmung äussern wollen.

Bei einer effektiven Stimmbeteiligung von 34,9% kann weiter gefolgert werden, dass über die besagten 30% hinaus nur rund 5% zusätzlich zum *Urnengang* bewegt wurden. Dieser Wert ist tief; während der laufenden Legislaturperiode war er nur einmal – am 10. März 1985 bei der Abstimmung über die Aufgabenneuverteilung und über die Ferien-Initiative – noch etwas geringer.

Lässt sich die kleine Erhöhung der Teilnahme auf eine *bestimmte Vorlage* zurückführen? Der Zuckerbeschluss schneidet bei den beiden aussagekräftigsten Indikatoren am besten ab. Hier war die wahrgenommene persönliche Betroffenheit (als förderlicher Faktor) am deutlichsten; auch bot diese Vorlage die geringsten Entscheidungsschwierigkeiten (als hemmender Faktor). Bestätigt werden diese beiden subjektiven Bestimmungsgründe durch eine objektive Angabe. Mit 14% Stimmberechtigten, die bei einer offen gestellten Frage zum Vorlageninhalt überhaupt keine Antwort geben konnten, ist der Anteil beim Zuckerbeschluss am kleinsten (Lehrwerkstätten-Initiative 34%; Kultur-Initiative 36%; Gegen-vorschlag 60%!).

Tabelle 2: Betroffenheit und Entscheidungsschwierigkeiten nach Abstimmungsgegenständen

Abstimmungsthema	Betroffenheit (Selbsteinschätzung)		Entscheidungsschwierigkeiten (Selbsteinschätzung)	
	«hohe persönliche Betroffenheit» ¹ in % der Stimmberechtigten	Qualifizierung im Zeitvergleich ²	Vorlage war «eher leicht» zu beurteilen in % der Stimmberechtigten	Qualifizierung im Zeitvergleich ³
● Zuckerbeschluss	17 %	mittel bis tief	53 %	mittel bis gross
● Lehrwerkstätten-Initiative	13 %	tief	46 %	mittel
● Kultur-Initiative	13 %	tief	50 %	mittel bis gross
● Gegenvorschlag zur Kultur-Initiative	9 %	sehr tief	39 %	gross

- 10-stufige Skala sowie «keine Angabe» möglich, hohe Betroffenheit bei den Stufen 8, 9 und 10.
- Höchster Wert aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 40% (Fristenlösungsinitiative); tiefster Wert: 5% (Aufgabenneuverteilung Primarschule). Die 7 Prädikate von «sehr hoch» bis «sehr tief» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.
- Höchster Wert aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 83% «eher leicht» (12 autofreie Sonntage); tiefster Wert: 32% «eher leicht» (Konjunkturbeschluss). Die 7 Prädikate von «sehr klein» bis «sehr gross» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt.

Allerdings müssen die Prozentwerte zum Zuckerbeschluss, wie sie aus der *Tabelle 2* hervorgehen, im Langzeitvergleich relativiert werden. Trotz der leidenschaftlich geführten Kampagne erreicht der Anteil subjektiv hoch Betroffener mit 17% Stimmberechtigten nur ein «mittleres bis tiefes» Niveau. Die Entscheidungsschwierigkeiten liegen knapp über dem Durchschnitt. Wenn unsere Hauptindikatoren für die zusätzliche Mobilisierung auf den Zuckerbeschluss verweisen, ohne sehr ausgeprägt zu sein, dann muss das Urteil über die drei andern Vorlagen noch deutlicher ausfallen. Sie alle scheinen nicht geeignet gewesen zu sein, mehr als die regelmässige Teilnehmenden zu einer Äusserung an der Urne zu veranlassen.

Unserer Bewertung der vier Vorlagen entspricht die auffallende Partizipationsrate bei den Landwirten. Sie übersteigt den Anteil konstant teilnehmender Bauern um 21%. Politisch gesehen drückt sich dies in einer besonderen Mobilisierung der SVP-Anhängerschaft (+ 19%) aus. Allenfalls auf mehrere Vorlagen lässt sich die ebenfalls erwähnenswerte Beteiligung der linken Sympathisanten (+ 20% bei der SPS, bei allerdings geringer Fallzahl + 30% bei der äussersten Linken) zurückführen. Diese sehr gut lokalisierbare zusätzliche Mobilisierung führte denn auch dazu, dass die Zusammensetzung der Stimmenden am 28. September 1986 die *üblichen Über- und Untervertretungen* aufwies: Wie die *Tabelle 3* zeigt, differierte der Urnengang vor allem hinsichtlich sozio-ökonomischer Faktoren (wie die berufliche Stellung und die Ausbildung), der persönlichen Umgebung (wie die Haushaltsstruktur und die Ortsansässigkeit) sowie des Alters der Befragten. Verallgemeinert gilt: Die konstante politische Partizipation wird massgeblich von der *sozialen Integration* geprägt.

2) Die Kultur-Initiative und ihr Gegenvorschlag

1981 reichten die Träger der «*Eidgenössischen Kultur-Initiative*» (KI), die sich aus Kulturschaffenden und deren Organisation rekrutierten, ein Volksbegehren mit 122'277 gültigen Unterschriften ein. Damit stellten sie weitreichende Ansprüche an sich selbst, aber auch an eine zukünftige Kulturpolitik: Nach Jahren der Diskussion in interessierten Zirkeln wollten sie in der Öffentlichkeit eine exemplarische Debatte provozieren, um ihrem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, inskünftig 1% der Bundesausgaben für die Aktivierung des kulturellen Lebens zur Verfügung zu stellen. Nach einem breiten Vernehmlassungsverfahren und längeren Beratungen empfahlen auch der Bundesrat und das Parlament, einen Kulturartikel in die Bundesverfassung aufzunehmen. Gemäss ihren Vorstellungen sollte sich ein *Gegenvorschlag* (GV) jedoch zurückhalten. Der Bund sollte nur eine prinzipielle Möglichkeit erhalten, im Kulturgeschehen fördernd aktiv zu werden; auf die Festlegung von Richtgrössen wie ein Kulturprozent wollten die Gesetzgeber jedoch verzichten. Nicht zufrieden mit dieser Kompromissformel, riskierten die Initianten eine *Doppelabstimmung* mit Volksbegehren und Gegenvorschlag. Damit war klar, dass sich die Meinungsbildung komplizieren und sich die Sympathisanten eines verstärkten kulturpoliti-

Tabelle 3: Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppe	Gruppe	Abweichung zur ermittelten durchschnittlichen Stimmbeteiligung in Prozentpunkten (N = Befragte)
Geschlecht:	Männer	(+ 3)
	Frauen	(- 4)
Alter ¹ :	20-39jährig	(- 8)
	40-64jährig	(+ 6)
	65-84jährig	(+ 2)
Ausbildung ¹ :	Oblig. Schule	(- 12)
	Berufsschule u.ä.	(- 1)
	Gymnasium, Universität	(+ 14)
Berufl. Stellung ² :	Erwerbstätige Total	(± 0)
	- Selbständige, leit. Angestellte, leit. Beamte/Beamtinnen	(+ 7)
	- Angest. und Beamte/Beamtinnen in mittl. Stellung	(- 5)
	- Angest. in einf. Stellung	(- 1)
	- Landwirte	(+ 19)
	- Arbeiter	(- 7)
	Nicht-Erwerbstätige Total	(- 1)
	- Studenten/Studentinnen	(- 7)
	- Hausfrau/Hausmann	(- 3)
	- Rentner/Rentnerin	(+ 3)
Eigentumsverhältnisse:	Hauseigentum	(+ 2)
	Miete / Pacht	(- 2)
Siedlungsart:	Grossstädtische Umgebung	(- 1)
	Mittel- u. kleinst. Umgebung	(+ 3)
	Ländliche Umgebung	(- 1)
Ansässigkeit:	weniger als 5 J. am gl. Ort	(- 11)
	mehr als 5 J. am gl. Ort	(+ 4)
Wohnverhältnisse ¹ :	einzig erwachsene Person im Haushalt	(- 9)
	mit andern erwachsenen Personen im Haushalt lebend	(+ 6)
Landesteil:	Deutsche Schweiz	(+ 2)
	Französische Schweiz	(- 7)
Konfession:	reformiert	(+ 1)
	katholisch	(- 1)
	übrige	(- 11)
Parteisympathie ² :	FDP (inkl. LPS)	(+ 10)
	SVP	(+ 17)
	CVP	(+ 11)
	SPS	(+ 20)
	(LdU / EVP)	(+ 13)
	(POCH, PdA / SAP)	(+ 30)
	(GPS / Grüne)	(- 5)
	(NA / Vigil.)	(+ 10)
	Keine Parteisympathie	(- 12)
Stimmbeteiligung:	effektiv	34.9%

1 Das Merkmal ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < 1\%$ (Chi-Quadrat-Test)

2 Das Merkmal ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit $1\% \leq p < 5\%$ (Chi-Quadrat-Test)

3 Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Trends, da die Zahl der Befragten eine weitergehende Interpretation nicht zulässt.

schen Engagements spalten würden. Ferner mussten Initianten und Behörden von Anfang an davon ausgehen, dass bei den geltenden Vorschriften beide Varianten unabhängig von ihrem Inhalt nur eine geringe Annahmewahrscheinlichkeit haben würden. Bloss die LPS und die Gruppierung am rechten Ende des politischen Spektrums nützten jedoch die «natürliche Favoritenrolle» aus und machten gleichzeitig gegen beide Begehren Front. Die Vertreter des Bundes, die CVP, FdP, SVP und EVP warben für den Gegenvorschlag und visierten ein eher traditionelles, der Volkskultur verbundenes Publikum an. Die SPS, der LdU, die Grünen und die äusserste Linke stellten sich hinter die mehr modernistisch orientierte Initiative. In der taktischen Einschätzung der Ausgangslage uneinig erwiesen sich die Kulturschaffenden selbst.

2.1 Das Stimmverhalten

Zwar geht es auch bei Doppel-Abstimmungen vorerst nur um positive oder negative Stellungnahmen. Doch sind schon die Wahlmöglichkeiten eingeschränkt: Rechtlich nicht zugelassen ist die Befürwortung beider Vorschläge. Damit kumulieren sich automatisch verschiedene Arten des Nein-Stimmens. Bei der Ermittlung des absoluten Mehrs wird auf Bundesebene auch die Nicht-Beantwortung nur einer Vorlage als zweifach gültige Stimme gezählt; faktisch erhält damit das taktische Leer-Stimmen einen Nein-Charakter. Dies erleichtert die *politische Würdigung* des Volkswillens nicht. Aus der Mehrzahl denkbarer Möglichkeiten haben wir uns für die nachstehende entschieden:

- *Grundsatzfrage*: Die summierten Ja-Anteile zu beiden Vorschlägen werden als Indikator für eine positive Haltung zu einer (wie auch immer gearteten) staatlichen Kulturförderung gedeutet. 56% der gültigen Stimmen entfallen auf diesen Verhaltenstypus. Bei der Grundsatzfrage gehen wir also von einer *Mehrheitsmeinung ohne rechtliche Geltung* aus.
- *Variantenentscheid*: Das Verhältnis der Ja-Anteile zur Initiative bzw. zum Gegenvorschlag gibt Auskunft über die Art der bevorzugten Kulturförderung. Beim Variantenentscheid überwiegt der Gegenvorschlag mit 39 zu 17% der Stimmen eindeutig.
- *Doppel-Nein-Stimmen*: Die einzig aussagekräftige Kontrastierung des positiven Grundsatzentscheides ergibt sich durch die Doppel-Nein-Stimmen. Dieser Verhaltenstyp kann als Gegner einer staatlichen Kulturförderung an sich, allenfalls als Unzufriedener mit beiden Vorlagen interpretiert werden. Gemäss unserer Befragung handelt es sich hierbei um 42% der materiell Stimmenden.

Der Rest ist nur schwer interpretierbar. Vorerst umfasst er in der Befragung nur noch rund 2% der Teilnehmenden. Aber auch die Zusammensetzung ist sehr heterogen (im wesentlichen Nein/Leer-Kombinationen, aber auch Artefakte wie Antwortverweigerung verbunden mit Nein oder Leer). In der weiteren Kommentierung wird diese Gruppe weggelassen. Die *Tabelle 4* gibt die für die weitere Interpretation interessanten Werte wieder. Sie soll helfen, die beiden Dimensionen zu verdeutlichen, die im Stimmverhalten bei einer Doppel-Abstimmung angelegt sind.

Tabelle 4: Stimmverhalten bei der Kultur-Initiative und dem Gegenvorschlag nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten ¹ (N = Stimmende mit einer Verhaltensangabe)			
		Ja KI	Ja GV	(Ja Total)	Doppel- Nein
Geschlecht :	Männer	14 %	39 %	(53 %)	46 %
	Frauen	19 %	39 %	(58 %)	38 %
Alter :	20-39jährige	26 %	39 %	(65 %)	33 %
	40-64jährige	10 %	34 %	(44 %)	49 %
	65-84jährige	15 %	44 %	(59 %)	41 %
Ausbildung :	Obligatorische Schulen	16 %	30 %	(46 %)	47 %
	Berufsschule u.ä.	15 %	39 %	(54 %)	42 %
	Gymnasium, Universität u.ä.	23 %	42 %	(60 %)	40 %
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	17 %	38 %	(55 %)	41 %
	- Selbständige, Angestellte und Beamte/Beamtinnen in leit. Stellung	12 %	36 %	(48 %)	51 %
	- Angestellte und Beamte/Beamtinnen in mittlerer Stellung	29 %	49 %	(78 %)	22 %
	- Angestellte in einfacher Stellung (Landwirte) ²	10 %	49 %	(59 %)	41 %
		1 %	33 %	(34 %)	66 %
	- Arbeiter / Arbeiterinnen	28 %	23 %	(51 %)	38 %
	Nichterwerbstätige Total	17 %	39 %	(56 %)	42 %
	- Studenten / Studentinnen	43 %	19 %	(62 %)	37 %
	- Hausfrauen / Hausmänner	12 %	43 %	(55 %)	41 %
	- Rentner / Rentnerinnen	18 %	42 %	(60 %)	40 %
Landesteil :	Deutsche Schweiz	15 %	37 %	(52 %)	43 %
	Französische Schweiz	21 %	40 %	(61 %)	35 %
Konfessionszugehörigkeit :	reformiert	14 %	37 %	(51 %)	42 %
	katholisch	16 %	41 %	(57 %)	41 %
Siedlungsart :	Grössstädtische Umgebung	27 %	33 %	(60 %)	37 %
	Mittel- und kleinstädtische Umgebung	25 %	40 %	(65 %)	31 %
	Ländliche Umgebung	8 %	41 %	(49 %)	51 %
Parteisymphathien ² :	FDP	20 %	40 %	(60 %)	40 %
	(SVP)	4 %	27 %	(31 %)	56 %
	CVP	11 %	45 %	(56 %)	45 %
	SPS	39 %	31 %	(70 %)	24 %
	Keine Sympathien	7 %	43 %	(50 %)	50 %
Interesse an Kultur :	gross	31 %	35 %	(66 %)	34 %
	mittel	16 %	40 %	(56 %)	43 %
	klein	6 %	40 %	(46 %)	47 %
Regierungsvertrauen :	stark	10 %	43 %	(53 %)	44 %
	weder / noch	19 %	37 %	(56 %)	41 %
	schwach	26 %	31 %	(57 %)	39 %
Total :	effektiv (erhoben)	16,7%	39,3%	(56 %)	[42 %]

¹ Die Abweichung zwischen der erhobenen und der effektiven Zustimmung zu den beiden Vorlagen wurde auf alle Merkmalsgruppen anteilmässig verteilt.

² Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als grobe Tendenzen. Die Zahl der Befragten lässt weitere Rückschlüsse nicht zu. Die Sympathien zu kleinen Parteien wird zwar erhoben, aber nicht ausgewiesen, weil die Nennhäufigkeit eindeutig zu gering ist.

a) Die Konfliktlinien beim Grundsatzentscheid

Die *Schichtzugehörigkeit* ist für die Erläuterung der Grundsatzfrage am aufschlussreichsten. Es sind vorwiegend die neuen Mittelschichten, aber auch noch die Arbeiterschaft, welche der staatlichen Kulturförderung an sich positiv gegenüberstehen. Bei den Angestellten in mittleren Positionen wird mit 78% der höchste Wert erreicht. Dagegen lehnen Angehörige der alten Mittelschichten (Landwirte, Gewerbetreibende und Selbständige) eine staatliche Unterstützung der Kultur mehrheitlich ab. Noch deutlicher wird die hier angesprochene Konfliktlinie durch die Bildung der Befragten angesprochen: Je höher die zuletzt besuchte Schule ist, desto positiver ist die Haltung zur Kulturförderung überhaupt.

Die *Gründe* dafür mögen verschiedener Natur sein. Es ist gut bekannt, dass gerade die neuen Mittelschichten überdurchschnittlich stark kreativitätsorientierte Werte vertreten; diese sind auch mit der Kulturförderung angesprochen. Die Unterstützung von Künstlern hat aber auch einen Preis. Dieser Aspekt und eine anti-etatistische Haltung mögen die alten Mittelschichten zu klaren Gegnern gemacht haben. Auch bei der Arbeiterschaft hätte man erwarten können, dass die materiellen Aspekte höher gewichtet werden; wenn dennoch genau die Hälfte positiv zur staatlichen Kulturförderung steht, kann dies mit der Arbeiterkultur-Tradition in Zusammenhang gebracht werden. Deren zunehmende Bedrohung mag Anlass gewesen sein, in dieser Frage ein eher untypisches Stimmverhalten an den Tag zu legen.

b) Die Konfliktlinien beim Variantenentscheid

Bis jetzt haben wir bloss die erste im Stimmentscheid angelegte Dimension angesprochen. Wer aber favorisierte den *Gegenvorschlag*? Wer stand der *Initiative* am nächsten? Nimmt man die soziologischen Merkmale zur Hand, ist die *Siedlungsart* am aufschlussreichsten. In ländlichen Gebieten hatte die Initiative überhaupt keine Chance. Wenn die Kultur staatlich gefördert werden soll, dann nur in Richtung Gegenvorschlag; dies hängt vor allem mit dem Inhalt und den von den Vertretern des Gegenvorschlages anvisierten Zielpublikums zusammen. In Agglomerationen verschiebt sich dieses Verhältnis in Richtung Kultur-Initiative. Vor allem in den grossstädtischen Agglomerationen erreichte die Initiative fast gleichviele Ja-Stimmen wie der gesamtschweizerisch stärker unterstützte Gegenvorschlag. Bescheiden ist dagegen der Erklärungswert der sozio-kulturellen Hintergrundsmerkmale. Weder die Sprach- noch die Konfessionszugehörigkeit ergeben statistisch relevante Unterschiede beim Variantenentscheid.

Auch hier lässt sich einiges über die *Ursachen* vermuten. Der Entscheid, zwischen einer in den Formulierungen weitergehenden, aber aussichtslosen Initiative und einem bescheideneren, etwas chancenreicheren Gegenvorschlag wählen zu müssen, blieb nicht unbeeinflusst vom Regierungsvertrauen. Wo dieses stark ausgebildet ist, war das Ja zur Vorlage der Behörden eindeutig. Dagegen gleichen sich die Ja-Werte weitgehend an, wenn die Befragten eine kritische Haltung zur Regierungsarbeit äusserten. Ähnliches gilt für das Interesse an kulturellen Fragen: Praktisch unabhängig von dessen Ausprägung ist der Ja-Anteil zum Gegenvorschlag. Umgekehrt wächst die Unterstützung der Initiative vor allem dort, wo ein ausgesprochenes Interesse an der Kultur bekundet wird.

Parteipolitisch betrachtet ergibt diese Kräftevielfalt kein besonders typisches Bild. Am stärksten für eine staatliche Kulturförderung und gleichzeitig mehr für die Initiative als den Gegenvorschlag sprachen sich die SP-Anhänger aus. An sich positiv eingestellt zur Kulturförderung, jedoch mehr oder weniger deutlich dem Gegenvorschlag zugeneigt, erweisen sich die FdP- und CVP-Sympathisanten. Nimmt man die Befragungswerte zum Nennwert, so erscheint die SVP im Feld der Doppel-Nein-Stimmenden. Angesichts der Parolen mag dies erstaunen. Bestätigung findet unsere Aussage jedoch durch die bei der soziologischen Analyse ermittelte Doppel-Nein-Disposition in den alten Mittelschichten. Für die deutliche Verwerfung der Kultur-Initiative mitverantwortlich sind die Parteungebundenen. Sie standen einer staatlichen Kulturförderung an sich skeptisch gegenüber; wenn sie schon Ja stimmten, dann klar in Richtung Gegenvorschlag.

2.2 Die Meinungsbildung

56% der Stimmenden votierten zugunsten einer Variante; 42% stimmten zweimal Nein. Diese wurden jeweils durch diejenigen, die nur eine Vorlage ablehnten / ablehnen mussten, erweitert. Wie weit helfen die *Motivfrage* und der durchgeführte *Argumententest*, dieses Verhalten zu begründen? Wie lässt sich das Leer-Stimmen verstehen?

a) Spontan genannte Entscheidungsmotive

Unserer prinzipiellen Einschätzung der *Ja-Stimmenden* wird man zustimmen können. Der gemeinsame Nenner wird bei den Motiven am deutlichsten, die den Stellenwert der Kultur in unserem Leben ansprechen. Für 15% der Teilnehmenden, die entweder Ja zur Initiative (9%) oder zum Gegenvorschlag (6%) sagten, trifft die Charakterisierung «generelle Kulturförderer» völlig zu. Ganz gering sind dagegen die Gemeinsamkeiten nur dort, wo sich ausschliessende Ja-Motive genannt wurden: Für je 4% war das Kulturprozent bzw. die klar föderalistische Regelung von Kompetenzen des Bundes, der Kantone und Gemeinden massgeblich.

Addiert man die inhaltlich differenzierbaren Ja-Motive, so kann keine der beiden Varianten einen eindeutigen Vorsprung für sich in Anspruch nehmen. Dass schliesslich der Gegenvorschlag obenausschwang, hat seine Ursache in der Abstimmungssituation. Rund ein Fünftel aller Urnengänger stimmte aus taktischen Überlegungen Ja zur Version der Behörden. Für 5% war der Parolenspiegel zugunsten des Gegenvorschlages entscheidend; für weitere 14% waren die leicht höheren Chancen des Gegenvorschlages massgeblich. Wenn es auch falsch wäre, diese Gruppe vollständig der Initiative zuzuordnen, wird man sie doch als konzeptionell wenig festgelegte Sympathisanten der Kulturförderung an sich bezeichnen müssen; ihre inhaltliche Identität mit dem Gegenvorschlag ist nicht zwingend.

Schwieriger ist die Typologisierung der *Nein-Stimmenden*. Zuerst gilt es den hohen Wert von 21% Urnengänger zu erwähnen, die entweder gegen die Initiative, gegen den Gegenvorschlag oder gegen beides gleichzeitig stimmten und keine Begründung für ihr Verhalten geben können. Überforderung oder Verdrossenheit als Nein-Motiv kann man höchstens nachträglich annehmen!

Tabelle 5: Entscheidungsmotive bei der Kultur-Initiative und dem Gegenvorschlag nach Stimmverhalten

Motive nach Stimmverhalten	Kultur-Initiative		Gegenvorschlag	
	Nennungen bei Ja- resp. Nein-stimmenden (Zweifachnennungen möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden	Nennungen bei Ja- resp. Nein-stimmenden (Zweifachnennungen möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
<i>Ja Stimmende</i>				
● Unspezifische Ja-Motive (bin dafür gefühlsmässiger Entscheid etc.)	12 %	2 %	8 %	3 %
● Motive zur Kulturförderung generell (Stellenwert erhöhen, Bedeutung für unser Leben anerkennen etc.)	52 %	9 %	15 %	6 %
● Spezielles Ja zum Inhalt der Initiative (Kulturprozent als Garantie / als Symbol, Ausgaben klar geregelt etc.)	26 %	4 %	—	—
● Spezielles Ja zum Inhalt des Gegenvorschlages (Kompetenzen zw. Bund und Kantonen geregelt, offener, gemässiger Inhalt)	—	—	11 %	4 %
● Taktische Motive (bessere Chance des Gegenvorschlages etc.)	—	—	39 %	14 %
● Übrige Ja-Motive (zusammengefasst)	7 %	1 %	14 %	5 %
● Parteiparolen/Empfehlung Dritter	3 %	0 %	13 %	5 %
● Keine Angabe	—	1 %	—	2 %
	100 %		100 %	
<i>Nein-Stimmende</i>				
● Unspezifische Nein-Motive (bin dagegen, einfach so, etc.)	13 %	8 %	11 %	4 %
● Generell gegen neue Staatsaufgaben	33 %	21 %	14 %	6 %
– ohne nähere Begründung	(5 %)		(5 %)	
– mit finanzieller Begründung	(28 %)		(9 %)	
● Gegen staatl. Kulturförderung gegen «Bundeskultur»	12 %	8 %	29 %	8 %
– Status quo genügt / Vorlage ist gar nicht nötig	(12 %)		(8 %)	
	—		(12 %)	
● Vorteile des Gegenvorschlages im Vgl. zur Initiative (föderalistisch, Kompetenzen der Kte. bleiben, offener, gemässiger Inhalt)	22 %	14 %	—	—
● Vorteile der Initiative im Vgl. zum Gegenvorschlag (Kulturprozent, eindeutige Verpflichtung, keine «kann»-Formel)	—	—	34 %	14 %
● Übrige Nein-Motive (zusammengefasst)	10 %	6 %	17 %	7 %
● Parteiparolen/Empfehlung Dritter	10 %	6 %	4 %	1 %
● Keine Angabe	—	20 %	—	21 %
	100 %	100 %	100 %	100 %

Eigentlich lassen sich nur zwei konsistente Motivgruppen, die nicht unbedingt nur gegen eine Variante sprechen, ausmachen: Wenn «Weniger-Staat»-Stimmen im zweiten Fall etwas weniger häufig auftauchen, dann vor allem wegen den erwarteten geringeren finanziellen Folgekosten des Gegenvorschlages. Bei beiden Varianten tauchten Gegner jeglicher «Bundeskultur» auf; zusätzlich wurde beim Gegenvorschlag argumentiert, zur Garantierung des Status quo sei dieser gar nicht nötig. Je 14% schliesslich begründeten ihr Nein mit einem Vorlagenvergleich. Hier kommen in umgekehrter Richtung die gleichen Motive wie bei den Ja-Stimmen vor. Wer für das Kulturprozent votierte, sagte nein zum wenig verpflichtenden Charakter des Gegenvorschlages; wem gerade dies gefiel, den störte die Absolutheit der Initiative.

Was dachten sich die *Leer-Stimmenden*? Eigentliche Qualifizierungen müssen wegen der geringen Fallzahl in unserer Untersuchung ausbleiben. Sicher sind es aber zwei unterschiedliche Motive, die zum «Leer-Einlegen» führen. Einmal sind jene zu nennen, die annehmen, das Abstimmungssystem bei Doppelvorlagen durchschaut zu haben. Sie wollen auf keinen Fall der zweitbesten Variante schaden. Ganz anders stellt sich die Ausgangslage für den zweiten Typ dar: Verwirrung, Überforderung, allenfalls auch Interesselosigkeit an einer der beiden Vorlagen spricht hier aus den Antworten.

b) Einschätzung wichtiger Argumente

Hilft der ebenfalls durchgeführte Argumententest weiter? Ganz unabhängig vom Urnentscheid legten wir den Befragten eine Liste zur persönlichen Bewertung vor, welche wichtige Ansichten der Gegner und Befürworter einer Variante wiedergab (vgl. *Tabelle 6*). Soll die Kulturförderung primär *zentralistisch* oder *föderalistisch* organisiert sein (Vorgaben 1 und 2)? In dieser Ausschliesslichkeit wird man die Haltung der Befragten mit «*unentschieden*» angeben müssen. 48% können sich mindestens einigermaßen mit der zentralistischen Version – die Kulturförderung muss einen eigenen Platz im Rahmen der Bundesaufgaben haben –, 47% mit der föderalistischen Ansicht – Kulturförderung als Aufgabe der Kantone und Gemeinden – einverstanden erklären. Zutreffender als ausschliessliche Konzepte, wie sie etwa in der politischen Elite verfochten wurden, wird – soll man die Haltung der Stimmberechtigten deuten – ein Zusammengehen aller interessierten staatlichen Stellen sein.

Schon bei der Motivanalyse haben wir gesehen, dass die politische Ausgangslage stark für den Gegenvorschlag sprach. Der Argumententest erlaubt, die *Konzepte*, die beiden Varianten zugrunde lagen, hinsichtlich ihrer Unterstützungsbereitschaft abzuklären. Auch hier wird die Antwort im wesentlichen «unentschieden», allenfalls «*beides nicht mehrheitsfähig*» lauten müssen. Die vier vorgelegten Argumente Pro und Kontra Kulturprozent (Vorgaben 3 und 4) bzw. Für und Wider Kompetenz-Artikel in der Bundesverfassung (Vorgaben 5 und 6) werden von 35 bis 48% der Stimmberechtigten bejaht; jeweils rund ein Drittel kann überhaupt nicht Stellung beziehen. Das Kulturprozent scheint nicht geeignet zu sein, über den Kern der Befürworter der Initiative hinaus eine Basis abzugeben. Zu ähnlich sind hier die Einschätzungen der Doppel-Nein-Stimmenden und der Befürworter des Gegenvorschlages. Umgekehrt ist die Identität dieser Gruppe mit der «Kann-Formel» gering (nur 50%) halten die Existenz eines Verfassungsartikel für primär wichtig;

Tabelle 6: Gewichtung wichtiger Argumente für und gegen die Kulturförderung durch den Bund, pro und kontra Kulturinitiative und Gegenvorschlag

Vorgabe		einver- standen	nicht einver- standen	keine Angabe
		(Zeilenprozentuierung)		
Grundsätzliche Argumente zur Kulturförderung durch den Bund				
<i>1) Zentralistische Kulturförderung</i>				
«Damit der Kulturförderung kein Almosencharakter zukommt, muss ihr im Rahmen der Bundesausgaben ein eigener Platz zugewiesen werden.»	SB ³	48 %	: 28 %	(24 %)
	JI	89 %	: 6 %	(5 %)
	JG	50 %	: 38 %	(12 %)
	DN	21 %	: 60 %	(19 %)
<i>2) Föderalistische Kulturförderung</i>				
«Die Kulturförderung ist eine Aufgabe der Gemeinden und Kantone. Die Schweiz braucht keine 'Bundeskultur'.»	SB	47 %	: 35 %	(18 %)
	JI	40 %	: 49 %	(11 %)
	JG	45 %	: 43 %	(12 %)
	DN	65 %	: 23 %	(12 %)
Vor- und Nachteile der Kultur-Initiative				
<i>3) Kulturprozent als Garantie</i>				
«Nur das 'Kulturprozent' garantiert, dass die Kulturförderung in Zukunft mehr finanzielle Mittel erhält.»	SB	35 %	: 37 %	(28 %)
	JI	72 %	: 19 %	(9 %)
	JG	16 %	: 65 %	(19 %)
	DN	20 %	: 57 %	(23 %)
<i>4) Kulturprozent zu starre Regelung</i>				
«Starre Regeln wie das 'Kulturprozent' sind nicht sinnvoll. Nur eine offene Budgetpolitik erlaubt es, dem Wandel der Bedürfnisse Rechnung zu tragen.»	SB	48 %	: 22 %	(30 %)
	JI	39 %	: 52 %	(9 %)
	JG	68 %	: 16 %	(16 %)
	DN	60 %	: 17 %	(23 %)
Vor- und Nachteile des Gegenvorschlags				
<i>5) Verfassungsartikel als Garantie</i>				
«Es ist vor allem wichtig, einen Kulturartikel in der Verfassung zu haben. Wo keine Kompetenzen festgelegt sind, wird zuerst gespart.»	SB	42 %	: 27 %	(31 %)
	JI	84 %	: 8 %	(8 %)
	JG	50 %	: 34 %	(16 %)
	DN	22 %	: 50 %	(28 %)
<i>6) Kann-Formel zu unverbindlich</i>				
«Der Gegenvorschlag bringt zu wenig. Mit der 'Kann-Formel' bei der Kulturförderung wird der Bund zu nichts verpflichtet.»	SB	39 %	: 25 %	(36 %)
	JI	63 %	: 28 %	(9 %)
	JG	33 %	: 51 %	(16 %)
	DN	43 %	: 32 %	(25 %)

1 Zusammenfassung von «völlig» und «eher einverstanden»

2 Zusammenfassung von «eher nicht» und «überhaupt nicht einverstanden»

3 SB = Stimmberechtigte Total / JI = Ja-Stimmende Kultur-Initiative (16,7% der Teilnehmenden oder 5,5% der Stimmberechtigten) / JG = Ja-Stimmende Gegenvorschlag (39,3% der Teilnehmenden oder 13,4% der Stimmberechtigten) / DN = Doppel-Nein-Stimmende (Kultur-Initiative und Gegenvorschlag ; rund 42% der Teilnehmenden oder 14% der Stimmberechtigten).

nur 51% widersprechen der Ansicht, die Kann-Formel sei zu schwach), um bei sehr abweichender Unterstützung in den beiden andern Gruppen tragfähig zu werden.

2.3 *Wie weiter mit der Kulturförderung?*

Das Verfahren bei Doppelabstimmungen habe eine verbesserte und verfassungsmässig gesicherte Kulturförderung verhindert; so etwa lautete der Tenor der meisten Kommentare nach dem 28. September. Mit Sicherheit wird man dieser Einschätzung auch nach der obenstehenden Analyse zustimmen können. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass Abstimmungserfolge nicht bloss arithmetische Übungen sind, und sich auch nicht aus plausiblen Negationen des Bestehenden ableiten lassen.

Dass inhaltliche Prioritäten an einen Kulturartikel nicht nur in der politischen Elite, sondern auch den Urnengängern auseinandergehen, haben vor allem die Überlegungen zum Argumententest gezeigt. Diese Analyseergebnisse sollten aber nicht falsch verstanden werden: gerade in einer solchen Situation liegt es an den politischen Verantwortlichen, mit den unmittelbar Betroffenen nach neuen Wegen zu suchen.

Unabhängig von der Frage der Verfassungsgarantie haben wir deshalb abschliessend versucht, ausgewählte Wissensbestandteile und Einstellungen der Stimmberechtigten zur staatlichen Kulturförderung zu erkunden. Dies mit der Absicht, wenigstens im Konkreten Anhaltspunkte über zukünftige Schwerpunkte zu haben. Nicht vergessen werden sollte, dass sich die folgenden Überlegungen auf die Gesamtheit der Stimmberechtigten abstützen; sie beziehen sich also nicht nur auf den Drittel Teilnehmender wie in der bisherigen Analyse.

a) Interesse an Kultur

Mit einer ersten Vorgabe fingen wir das Interesse an Kultur ein. Dies kann sicher nur grob und stark vereinfachend geschehen. Es ist auch nicht ganz unproblematisch, am Ende einer Kampagne eine solche Messung vorzunehmen. So lässt sich aus der Kommunikationsforschung ableiten, dass jede Beschäftigung mit einem nicht alltäglichen Thema primär polarisierend – also zu seinen Gunsten und Ungunsten – wirkt.

«Ganz allgemein gesprochen, wie stark interessieren Sie sich für kulturelle Angelegenheiten?» Mit diesem Anliegen traten wir an die Befragten heran: 29% können aufgrund der Antwort als *kulturell Interessierte* bezeichnet werden. Der grösste Teil, 38%, ordnet sich in der Mitte (*Indifferente*) ein, und 31% äusseren sich völlig *desinteressiert*. Mit Sicherheit sind solche Grössenverhältnisse nicht überwältigend. Es wird denn auch zutreffend sein, dass für den Bevölkerungsdurchschnitt kulturelle Fragen keine hohe Priorität haben. Beurteilen kann man solche Erhebungswerte allerdings nur im Vergleich mit andern Lebensbereichen. Eine in diesem Jahr durchgeführte Untersuchung zum politischen Interesse der mündigen Bürger und Bürgerinnen (mit praktisch identischer Vorgabe) ergab mit 32% Interessierten, 46% Indifferenten und 19% Desinteressierten vergleichbare Messwerte.

Interesse und *Kulturverständnis* hängen zusammen. Letzteres sollte nicht elitär definiert und erfragt werden, will man die Interviewten nicht überfordern. Was assoziieren die Stimmberechtigten mit dem Begriff 'Kultur'? – Die meisten Befragten versuchten, eine

Umschreibung nach Sparten zu geben. 'Literatur' (im weitesten Sinne, also inkl. Theater, Dichterlesungen etc.) war die häufigste Antwort (24% der Befragten, spontane Nennungen). Dann folgen die Musik (18%), die Malerei und der Film (je 9%) sowie verschiedene Institutionen der bewahrenden Kultur (Bibliotheken, Museen, total 6%). Aber auch der Heimat, Natur- und Umweltschutz werden mit Kultur assoziiert. 9% machten mehr Wortspiele und erwähnten Kulturschaffende oder die Kunst allgemein. Aus den sehr gegenständlichen Definitionen von Kultur liesse sich der Schluss ziehen, dass diese eher im traditionellen Sinne – als Synonym für die eigentlichen Künste – verstanden wird, allenfalls auch etwas Äusserliches, Fremdes, bleibt. Nur wenige Befragte und vorwiegend stark Interessierte wagten einen zusätzlichen Schritt und gaben eine inhaltliche Umschreibung mit Bezug auf ihr eigenes Leben. «Der Sinn unseres Daseins», «unser Bewusstsein», «unsere Lebensweise» oder die «erhaltene Allgemeinbildung», die uns erlauben, unsere Umgebung zu verstehen, nannten 9% der Befragten. 7 weitere Prozent machten eine Anlehnung an einen bestimmten Stil. Sie assoziierten Brauchtum, Nonkonformismus oder Alternativkultur mit der gemachten Wortvorgabe. Die Antwortverweigerung betrug 13%; naturgemäss handelte es sich dabei um Desinteressierte.

In der Breite – so wird man folgern können – kommen verschiedenste Kulturverständnisse vor. In der Tiefe bleiben sie – möglicherweise ein Zwang der Interview-Situation – oberflächlich. In der Häufigkeit schliesslich liegen die Antworten hinter den Erwartungen zurück.

b) Wahrnehmungen der heutigen Kulturförderung durch den Bund

Gerade die letzte Feststellung muss auch für den konkreten Wissensstand gemacht werden. Ernüchternd ist das Resultat aus zwei ebenfalls offen formulierten Fragen zum Ausmass und zu den Bereichen der *heutigen Kulturförderung durch den Bund* (vgl. *Tabelle 7*).

- 74 von 100 Befragten fühlten sich absolut ausserstande, überhaupt eine numerische Angabe zur *Höhe der Bundesaussgaben* für Kultur zu machen. Nimmt man die im «Bundesbüchli» erwähnte Zahl von 121 Mio. Fr. als Massstab, dann konnten gerade 4% der Stimmberechtigten diese Grössenordnung zutreffend erraten. Bei den übrigen sind Unterschätzungen häufiger denn Überschätzungen.

- Ebenfalls im «Bundesbüchli» kamen die wichtigsten *Bereiche der Kulturförderung durch den Bund* vor. Hier sahen sich 49% der Befragten nicht in der Lage, wenigstens einen richtigen Bereich zu nennen. Bei den andern steht die Filmförderung mit Abstand an der Spitze (31% Spontanennungen). Bereiche der bewahrenden Kultur gaben 9% an. Dagegen ist das Wissen über die Kulturförderung via Radio und Fernsehen praktisch nicht vorhanden (2%). Zu den speziell hervorgehobenen Institutionen auf Bundesebene gehören die Pro Helvetia sowie diverse Formen von Kunststipendien (total 5%).

Angesichts der mit Ausnahme der Filmförderung bescheidenen Fallzahlen überrascht die konstant vorkommende Nennung der Literatur (21%) und der Musik (13%). Verlegenheitsantworten bzw. Verwechslungen mit den Ausgaben der Kantone und Gemeinden mögen hier als Ursache stehen.

Wie sind solche Ergebnisse generell zu verstehen? Es ist bekannt, dass offen gestellte Interview-Fragen schwieriger zu beantworten sind. Auch ist es nicht zwingend nötig, eine

Tabelle 7: Kenntnis der Bundesausgaben für Kultur

Kategorien	Stimme- rechtigte Total		Kulturelles Interesse		Abstimmungsverhalten		Doppel- Nein	
	ja	noch	ja	nein	Urnen- gänger	Ja KI	Ja GV	Nein
Keine Angabe / Vorstellung	74 %	68 %	71 %	82 %	67 %	50 %	69 %	70 %
Mit Angabe / Vorstellung :								
- Ausgaben zu tief (unter 50 Mio jährlich) angesetzt	16 %	16 %	19 %	10 %	21 %	39 %	19 %	16 %
- Ausgaben einigermaßen richtig	4 %	4 %	5 %	4 %	5 %	3 %	8 %	6 %
- Ausgabe zu hoch (über 200 Mio angesetzt)	6 %	12 %	5 %	4 %	7 %	8 %	4 %	9 %

Tabelle 8: Gewichtung konkreter Kulturförderungsmassnahmen durch die Stimmberechtigten, nach Stimmmverhalten und kulturellen Interessen

Form der Kulturförderung (Vorgabe, sortiert)	Stimme- berechtigte Total	wird von ... % als 'eher sinnvolle' Massnahme erachtet nach Stimmmverhalten		nach kulturellem Interesse	
		Ja zur KI	Ja zum GV	Interes- sierte	Indiffe- rente
Direkte Förderungsmassnahmen (durch 'finanzielle Unterstützung')					
1. Bibliotheken, Museen und ähnliches	84 %	95 %	91 %	92 %	88 %
2. Heimatschutz und Denkmalpflege	81 %	89 %	90 %	86 %	85 %
3. Kulturaustausch zwischen den Landesteilen	73 %	85 %	81 %	82 %	77 %
4. Kulturschaffende direkt	70 %	89 %	75 %	51 %	73 %
5. Sprachliche und kulturelle Minderheiten	67 %	77 %	75 %	62 %	71 %
6. Auserschulische Jugendarbeit	65 %	67 %	76 %	57 %	67 %
7. Verbreitung aktueller Kulturproduktionen	65 %	89 %	74 %	47 %	70 %
8. Kulturaustausch mit dem Ausland	60 %	83 %	81 %	42 %	75 %
9. Kulturelle Organisationen direkt	60 %	83 %	66 %	49 %	74 %
10. Erwachsenenbildung	60 %	69 %	61 %	54 %	66 %
Indirekte Förderungsmassnahmen (durch Schaffung 'günstiger Rahmenbedingungen')					
1. Ausbildung der Kulturschaffenden verbessern	57 %	78 %	68 %	43 %	67 %
2. Urheberrecht verstärken	56 %	74 %	58 %	51 %	61 %
3. Soziale Sicherheit der Kunstschaffenden verbessern	53 %	73 %	49 %	43 %	56 %
4. Infostelle für Kulturfragen einrichten	49 %	71 %	52 %	37 %	56 %
5. Steuererleichterungen für Kulturförderer erlassen	37 %	47 %	34 %	38 %	46 %

genaue Zahl zu kennen, eine abschliessende Aufzählung von geförderten Bereichen machen zu können, um ein Bild der Bundesleistungen zu haben. Problematisch ist es allerdings, wenn auftretende Verzerrungen nicht zufällig verteilt vorkommen. So sind es die Engagierten und Interessierten, welche zu Pessimismus neigen. So sind es umgekehrt die Desinteressierten, die sich überhaupt keine Vorstellung machen können. Beides könnte Anlass sein zum Nachdenken über die zukünftige Vermittlung der Kulturförderung durch die Öffentliche Hand.

c) Einstellungen zu konkreten Förderungsmaßnahmen

Unser letzter Zugang betraf nicht mehr das Kulturverständnis der Befragten. Es ging vielmehr um Einstellungen zu konkreten Förderungsmaßnahmen. Dazu liessen wir 16 von der Exekutive befürwortete Möglichkeiten einzeln beurteilen. Generell kann gelten, dass direkte Eingriffe und Unterstützungen als sinnvoller beurteilt werden als indirekte, auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen zielende Massnahmen (vgl. *Tabelle 8*).

- Weitgehend unbestritten sind *bewährte Formen* wie die Förderung von Bibliotheken, Museen, des Heimatschutzes sowie der Denkmalpflege. Zu dieser Gruppe liesse sich auch der Kulturaustausch zwischen den Landesteilen sowie der Schutz kultureller oder sprachlicher Minderheiten zählen. Die sehr hohe Bejahung resultiert daher, dass eigentlich kaum eine der ausgeschiedenen Gruppen (auch nicht die Desinteressierten oder Doppel-Nein-Stimmenden) vom Durchschnitt abweicht.
- Wird die Unterstützung der bewahrenden Kultur stark akzeptiert, so nimmt die Gunst ab, je mehr es sich um *kreative Bereiche* handelt. Noch mehrheitlich positiv, aber schon polarisierter ist die Einstellung zur direkten finanziellen Alimentierung von Kulturschaffenden. Ähnliches kann für die ausserschulische Jugendarbeit, aber auch für die Erwachsenenbildung gelten. Vor allem von den Doppel-Nein-Stimmenden verworfen werden der Kulturaustausch mit dem Ausland, die Direkthilfe an kulturelle Organisationen sowie die Verbreitung aktueller Produktionen mit Bundesgeldern.
- Je mehr die heute lebende Kultur berührt wird, desto kritischer wird die Kulturförderung eingeschätzt. Insgesamt noch geringer sind die erhobenen positiven Werte bei den *indirekten Massnahmen*. Zwar mögen diese finanziell weniger verpflichtend sein, doch ist auch ihr Nutzen weniger augenfällig. Geht es um die Lebensgestaltung der Kulturschaffenden (Ausbildung, soziale Sicherheit) oder um Urheberrechte, liegen die Prozentwerte noch knapp über 50%. Schon anders sieht es bei der von kulturellen Kreisen besonders geforderten Informationsstelle für Kultur aus; hier können sich eigentlich nur noch die Befürworter der Initiative voll und ganz erwärmen. Bei den ebenfalls ins Spiel gebrachten Steuererleichterungen für private Kulturförderer ist nicht nur die Gesamtbilanz negativ, auch die Verteilung in den ausgeschiedenen Gruppen weist konstant in die gleiche Richtung.

Wenigstens im Konkreten wird – so die wichtigste *Schlussfolgerung* – eine Kulturförderung durch den Bund mehrheitlich als sinnvoll angesehen. Daraus liesse sich auch der Schluss ziehen, dass es sich bei der Formulierung eines Kulturartikels auch um einen Streit um Worte handelt, der offensichtlich wenig konsensfähig ist, dass aber im Praktischen bei einem eher lauen Interesse mehr Unterstützung vorhanden ist, als das Schlussergebnis auf den ersten Blick erwarten lässt.

3) Der Zuckerbeschluss

1984 schlug der Bundesrat vor, die geltenden, jedoch befristeten Vorschriften über *den Anbau und die Finanzierung von Zuckerrüben in der Schweiz* neu zu regeln. Mit der Erhöhung der Fläche von 17'000 auf 20'000 ha, die zum vollen Preis übernommen werden sollte, gab er schon längerfristig geäußerten Wünschen bäuerlicher Kreise nach. Umgekehrt wollte er mit dem Abbau von rund 20 Mio Subventionsfranken an die Zuckerverwertung die Bundeskasse entlasten. Kompensiert werden sollten diese beiden Neuerungen durch eine Erhöhung der Importabgaben sowie durch einen Aufschlag von rund 15 Rp. beim Kauf eines Kilos Zucker.

Anhand des *Parolenspiegels* lassen sich die in der parlamentarischen Debatte gebildeten Fronten verdeutlichen. Prägend bleibt die traditionelle Spaltung zwischen bäuerlichen Produzenten und ihren Vertretern sowie Konsumenten, unterstützt durch Grossverteiler. Hinter die bundesrätliche Vorlage stellten sich die Parlamentarier der bürgerlichen Regierungsparteien; aber auch die Liberalen, die EVP und die äusserste Rechte warben für ein Ja. Von den Interessenorganisationen erwies sich naturgemäss der Schweizerische Bauernverband als treibende befürwortende Kraft. Der Landesring und die äusserste Linke verfochten die ablehnenden Argumente geschlossen. Auf nationaler Ebene mochte sich die SP nicht festlegen; bei den speziell gefassten Kantonalparolen überwogen jedoch die ablehnenden Empfehlungen. Ebenfalls bekämpft wurde der Zuckerbeschluss von Konsumentinnenorganisationen und mehreren Vertretungen der organisierten Arbeitschaft.

Nach einer von den Wortführern leidenschaftlich ausgetragenen Kampagne entschied sich der Souverän deutlich: 61,8% votierten mit Nein; 38,2% der gültigen Stimmen lauteten auf Ja. Erhielt damit die bisher wenig plebiszitäre Landwirtschaftspolitik einen grundsätzlichen Denkkzettel verpasst? Oder war es ein spezielles Nein zum vorgelegten Zuckerbeschluss? Oder beides?

3.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Ein erster Zugang zur Beantwortung dieser Fragen bietet die Analyse des Stimmverhaltens nach ausgewählten Merkmalsgruppen. Unsere Nachbefragung kommt dem effektiven Abstimmungsresultat sehr nahe. Die Beantwortung der speziell eingeführte Vorgabe zum Ja/Nein-Entscheid verweigerten 5% der Urnengänger; 3% sagten, sich weder in die eine noch in die andere Richtung entschieden zu haben. Der erhobene Nein-Anteil unter den materiell Antwortenden beträgt genau 60%.

Zweitens besteht auch die Möglichkeit, die Analyseergebnisse im *Vergleich mit der ähnlich gelagerten Abstimmung zum Zuckerbeschluss von 1970* zu beurteilen. Damals schwanzen der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien mit 54% Ja-Anteil noch oben aus; heute mobilisierte die Vorlage 16% weniger Befürworter.

Günstig gesinnte Kommentatoren hoben vor 16 Jahren hervor, mit der Abstimmung manifestiere sich eine verbreitete Solidarität mit der Bauernschaft. Zwar habe sich eine Entfremdung zwischen den ländlichen und städtischen Gebieten bemerkbar gemacht, doch habe diese nicht ausgereicht, um dem vom LdU ergriffenen Referendum zum Durchbruch zu

Tabelle 9: Stimmverhalten beim Zuckerbeschluss nach ausgewählten Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in %		
		(N = materiell Stimmende) ¹ Ja	Nein	Signifikanz ² (Zeilenprozentuierung)
Geschlecht :	Männer	37	63	nein
	Frauen	39	61	
Alter :	20-39jährige	36	64	nein
	40-64jährige	37	63	
	65-84jährige	45	55	
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	37	63	ja (0,05)
	- Selbständige, Angest. und Beamte/ Beamten in leitender Stellung	35	65	
	- Angestellte und Beamte/Beamten in mittlerer Stellung	43	57	
	- Angestellte in einfacher Stellung	29	71	
	(- Landwirte) ³	86	14	
	- Arbeiter / Arbeiterinnen	25	75	
	Nicht-Erwerbstätige			
	- Studenten / Studentinnen	38	62	
	- Hausfrauen / Hausmänner	38	62	
- Rentner / Rentnerinnen	45	55		
Ausbildung :	Obligatorische Schulen	44	56	nein
	Berufsschule u.ä.	35	65	
	Gymnasium, Hochschule u.ä.	39	61	
Landesteil :	Deutsche Schweiz	34	66	ja (0,01)
	Französische Schweiz	56	44	
Siedlungsart :	Grossstädtisches Milieu	29	71	ja (0,05)
	Mittel- und kleinstädtisches Milieu	37	63	
	Ländliches Milieu	46	54	
Parteisymphathien :	FdP (inkl. LPS)	56	44	ja (0,05)
	(SVP) ³	47	53	
	CVP	39	61	
	SPS	27	73	
	(LdU / EVP) ³	26	74	
	Keine Sympathien	39	61	
Regierungsvertrauen :	hoch	47	53	ja (0,05)
	weder / noch	45	55	
	tief	25	75	
Subjektive Betroffenheit :	hoch	38	62	nein
	mittel	40	60	
	tief	39	61	
Total	effektiv	38,2	61,8	

1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen (= formell Stimmende). Die Abweichung zwischen der erhobenen und effektiven Zustimmung wurde auf alle Merkmalsgruppen gleichmässig verteilt.

2 Das Signifikantniveau wird mittels eines Chi-Quadrat-Tests bestimmt. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit ein in der Untersuchung ermittelter Zusammenhang auch in der Realität gilt. Als Sicherheitsgrenze wird eine Wahrscheinlichkeit von 95% verlangt, d.h. $p < 0,05$ (5%).

3 Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als grobe Tendenz. Die Zahl der Befragten lässt weitere Rückschlüsse nicht zu.

verhelfen. Damals wie heute wurde viel Spekulatives über den möglichen Einfluss der Frauen geschrieben: 1970 beklagten die Träger der Opposition das fehlende Frauenstimmrecht; nach der jüngsten Abstimmung wurde wiederum die Ansicht vertreten, der Entscheid der preisbewussten Konsumentinnen habe den Ausschlag für die Verwerfung gegeben. Ein Blick auf die *Tabelle 9* lehrt jedoch das Gegenteil: Weder lässt sich ein signifikant geschlechtsspezifischer Ja/Nein-Anteil ausweisen, noch weichen die separat aufgelisteten Hausfrauen vom Durchschnitt ab. Wenn es auch stimmt, dass sich die Frauen mehrheitlich negativ äusserten, so kann dies wenigstens für heute nicht als Besonderheit gelten!

Wie aber ist der *Wandel der Mehrheiten* zu verstehen? Die Gegenüberstellung der Kantonsresultate von 1970 und 1986 erhellt schon einiges: Die Unterschiede im Stimmverhalten der agglomerierten und ländlichen Stände sind geringer geworden. Ursache dafür ist die merkliche Abnahme von Ja-Stimmen in der ländlichen Zentral- und Ostschweiz (OW -32% Ja; SZ -28%; UR -26%, sowie GR -26% und SG -24%). Dagegen nimmt sich die Veränderung in den mehr agglomerierten Kantonen der deutschen Schweiz (vor allem SH -5% Ja; BS -10%; AG -11%; ZH -13%) sehr bescheiden aus. Statistisch gesehen bleibt die Abweichung entlang der Siedlungsstruktur relevant; allerdings hilft diese Feststellung nur das gegenwärtige Resultat zu deuten, nicht den zeitlichen Wandel zu verstehen. Weil sich der Umschwung in den französischsprachigen Landesteilen weniger bemerkbar machte (GE -6% Ja; NE -6%; VD -13%), wuchs der Abstand zwischen den Sprachgruppen. Signifikant ist der grössere Nein-Anteil in der deutschen Schweiz. Als *Hauptthese* liesse sich nun formulieren, dass im Gegensatz zur zitierten Charakterisierung der 70er Abstimmung 1986 die *Solidarität mehrerer Bevölkerungsgruppen mit den Bauern nicht mehr spielte*. Dies bestätigt die Aufgliederung nach *Sozialgruppen* eindrücklich: Die Landwirte stehen mit ihrem Ja-Anteil von 86% ziemlich allein da; in keiner andern ausgeschiedenen Kategorie finden sich ebenfalls Ja-Mehrheiten. Insbesondere die Arbeiterschaft, aber auch Angestellte in einfachen Positionen sprachen sich im Verhältnis von 3 zu 1 deutlich negativ aus. Noch eher im gesamtschweizerischen Schnitt bewegen sich die übrigen Angestellten und selbständig Erwerbenden.

Politisch gesehen ergibt dieses Profil keine eindeutige Polarisierung. Soweit unsere Befragung Rückschlüsse zulässt, können die LdU-Sympathisanten der Gegnerschaft zugerechnet werden. Trotz der Stimmfreigabe auf nationaler Ebene stimmt dies auch für die SP-Anhängerschaft. Die Basis der bürgerlichen Parteien hinterlässt einen gespalteneren Eindruck als die Spitze. Am stärksten macht sich das Abbröckeln des Schulterchlusses bei der CVP bemerkbar; noch am geringsten ist es bei der FdP-Anhängerschaft ausgeprägt. Wer mit keiner Partei sympathisiert, stimmte eher Nein. Dieser Gewichtung entspricht der Zusammenhang zwischen Stimmverhalten und Regierungsvertrauen: Ist dieses hoch oder wenigstens noch mittelmässig entwickelt, dominieren die Nein-Anteile praktisch nicht; ist es dagegen nur gering vorhanden, schlugen sich die Befragten eindeutig auf die Seite der Referendumsführer.

3.2 Spontan genannte Entscheidungsmotive

Lässt sich die prinzipielle Vermutung, der Bauernschaft und ihren Organisationen sei es 1986 nicht mehr gelungen, ihre gruppenspezifischen Interessen als Allgemeininteressen zu verdeutlichen, weiter ausführen? Über die Ergebnisse zu den individuell relevanten Entscheidungsmotiven orientiert die *Tabelle 10*. Ermittelt wurden die Werte mit einer offenen Interview-Vorgabe; erst nachträglich sind die Antworten gruppiert worden.

Tabelle 10: Entscheidungsmotive beim Zuckerbeschluss

Motiv(gruppen) nach Stimmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja-Stimmenden (Mehrfachnennungen möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden
<i>Nein-Stimmende</i>		
● Unspezifische Nein-Motive (bin dagegen, schlechte Vorlage etc.)	3 %	1 %
● Generelles Nein zur Landwirtschaftspolitik	24 %	15 %
● Spezielles Nein zum Zuckerbeschluss	43 %	25 %
- Weltweite Überproduktion nicht noch fördern (17 %)		
- Inländische Vorräte reichen (5 %)		
- Bedrohte Bauern profitieren nichts (21 %)		
● Kosten für Konsumenten	25 %	15 %
● Parteiparolen / Empfehlung Dritter	1 %	1 %
● Übrige und diffuse Nein-Motive	4 %	2 %
● Keine Angabe	—	2 %
	100 %	62 %
<i>Ja-Stimmende</i>		
● Unspezifische Ja-Motive (bin dafür, gute Sache)	3 %	1 %
● Generelle Unterstützung der Landwirtschaftspolitik	40 %	15 %
● Spezielle Unterstützung des Zuckerbeschlusses	46 %	17 %
- Ausgleich zu Vieh-/Milchwirtschaft (22 %)		
- Selbstversorgungsgrad erhöhen / Unabhängigkeit vom Ausland (14 %)		
- Abbau von Bundessubventionen (3 %)		
- ohne spezielle Begründung (7 %)		
● Parteiparolen / Empfehlung Dritter	3 %	1 %
● Übrige und diffuse Ja-Motive	8 %	3 %
● Keine Angaben	—	2 %
	100 %	38 %
		100 %

Die Wortführer auf beiden Seiten betonten während der Kampagne, der Entscheid über den Zuckerbeschluss sei eine Grundsatzfrage zur Landwirtschaftspolitik. Diese Argumentationsweise widerspiegelt sich auch in den Motiven; allerdings erweisen sich die beiden

Gruppen quantitativ praktisch gleich stark. Je etwa ein Sechstel der Stimmenden handelte aus grundsätzlichen Überlegungen zur Zukunft der eigenen Landwirtschaft. Damit allein lässt sich also die Mehrheitsbildung nicht verstehen.

Die *Nein-Stimmenden* werden durch zwei weitere gewichtigere Motivarten charakterisiert: Noch relativ stereotyp sind konsumentenschützerische Einwände: 15% der Teilnehmenden stiessen sich vor allem an der Tatsache, dass die Ausdehnung der Anbaufläche bzw. der Abbau von Bundessubventionen über den Ladenpreis beglichen werden sollte. Ganz spezifisch auf die Vorlage gemünzt sind weitere 25% der Erstnennungen: Einmal war der Glaube gering, der Zuckerbeschluss nütze den wirklich bedrängten Bauern in den Berggebieten. Sodann spielte der Hinweis auf die weltweite Überproduktion von Zucker eine gleich grosse Rolle. Alle andern Motivgruppen der *Nein-Stimmenden* sind nur von nebenrangiger Bedeutung.

Gerade was die spezifischen Motive betrifft, sind sie bei den *Ja-Stimmenden* schwächer ausgebildet. Nur 17% der Teilnehmenden betonten, mit der Vorlage werde ein Schritt zu einer sinnvolleren Landwirtschaft gewagt, resp. werde der in Krisenzeiten entscheidende Selbstversorgungsgrad verbessert. Für die Masse der Befürworter waren – mindestens gemäss den spontanen Nennungen – die Subventionsfrage und damit die Sparargumente des Bundesrates unwichtig.

3.3 Gewichtung wichtiger Argumente der befürwortenden und gegnerischen Komitees

Die Motivanalyse hat den Vorteil, spontane Nennungen zu Beweggründen unbeeinflusst zu ermitteln. Dagegen ist es mit einer solchen Vorgehensweise nicht möglich, dahinter steckende Einstellungen in ihrer Verbreitung zu gewichten. Ferner können keine Aussagen gemacht werden, wie die Gegner einer Vorlage zu den Argumenten der Befürworter bzw. umgekehrt stehen. Und schliesslich ist es nur schwer abschätzbar, was die Gesamtheit der Stimmberechtigten denkt.

Für diesen Zweck besser geeignet sind Argumententests, bei denen die Befragten in freier Folge eine Anzahl befürwortender und gegnerischer Sichtweisen vorgelegt wird. Hilft das beim Zuckerbeschluss angewandte Verfahren, die bisherigen Eindrücke zu erweitern (vgl. *Tabelle 11*)?

Kongruent sind die Ergebnisse zu grundsätzlichen Aspekten der Landwirtschaftspolitik. Die Bereitschaft, entsprechende Argumente Pro (Vorgabe 6) und Kontra (Vorgabe 1) zu unterstützen, ist vergleichbar. Sie erreicht in beiden Richtungen keine Mehrheit. Vor allem kann gelten, dass die Ansichten zu dieser Frage in beiden Lagern weit auseinander liegen. Klar zugunsten der Gegner sprechen die vorgelegten Argumentationsweisen zur Landwirtschaftsförderung. Nur ein Drittel schliesst sich der Meinung an, die Erhöhung der Zuckeranbaufläche hätte eine spürbare Gewichtsverlagerung zum zukunftsträgigeren Ackerbau bedeutet (Vorgabe 7). Umgekehrt liessen sich 7 von 10 Befragten von der gegnerischen Sichtweise überzeugen, der Zuckerbeschluss hätte genau die falschen Bauern im Mittelland unterstützt (Vorgabe 2). Auch hier geht die Sichtweise fast diametral aus-

Tabelle 11: Gewichtung wichtiger Argumente für und gegen den Zuckerbeschluss

Vorgabe		einver- standen	, nicht einver- standen	keine Angabe (Zeilenprozentuierung)
Kontra-Argumente				
<i>Landwirtschaftspolitik generell</i>				
1) «Nein zum Zuckerbeschluss heisst auch Nein zu einer miliardenschweren Landwirtschaftspolitik.»	I ³	41 %	: 30 %	(29 %)
	II	62 %	: 28 %	(10 %)
	III	37 %	: 47 %	(16 %)
<i>Ausbau Zuckerwirtschaft</i>				
2) «Vom Zuckerbeschluss profitiert nur eine kleine Minderheit von Landwirten im Mittelland. Die bedrängten Bergbauern haben nichts davon.»	I	73 %	: 15 %	(13 %)
	II	91 %	: 6 %	(3 %)
	III	56 %	: 38 %	(6 %)
3) «Auf der ganzen Welt wird jetzt schon zu viel Zucker angebaut. Die Schweiz sollte die Dritte Welt nicht noch konkurrenzieren.»	I	55 %	: 29 %	(18 %)
	II	70 %	: 22 %	(8 %)
	III	21 %	: 68 %	(11 %)
<i>Preispolitik / Wirtschaftlichkeit</i>				
4)«Der Bund spart, die Bauern profitieren. Die Kosten aber, welche der Zuckerbeschluss bringt, zahlt der Konsument.»	I	65 %	: 17 %	(18 %)
	II	78 %	: 11 %	(11 %)
	III	51 %	: 40 %	(9 %)
5) «Der Zuckerbau in der Schweiz ist unrentabel. Eine ha kostet die Wirtschaft mehr als sie dem Bauer einbringt.»	I	46 %	: 24 %	(30 %)
	II	67 %	: 17 %	(16 %)
	III	29 %	: 57 %	(14 %)
Pro-Argumente				
<i>Landwirtschaftspolitik generell</i>				
6) «Die Gegner des Zuckerbeschlusses übersehen in ihren Rechnungen die vielen Leistungen, welche die Bauern für die Gemeinschaft erbringen.»	I	39 %	: 39 %	(22 %)
	II	24 %	: 66 %	(10 %)
	III	80 %	: 14 %	(6 %)
<i>Anbau Zuckerwirtschaft</i>				
7) «Unsern Überschüssen bei der Milch- und Viehwirtschaft steht eine Unterversorgung im Ackerbau gegenüber. Die Erhöhung der Zuckeraanbaufläche gleicht hier aus.»	I	34 %	: 46 %	(20 %)
	II	20 %	: 72 %	(8 %)
	III	77 %	: 20 %	(3 %)
8) «Um in Zeiten mit gestörter Zufuhr gerüstet zu sein, müssen wir den Selbstversorgungsgrad anheben.»	I	40 %	: 40 %	(20 %)
	II	30 %	: 61 %	(9 %)
	III	74 %	: 18 %	(8 %)
<i>Preispolitik / Wirtschaftlichkeit</i>				
9) «Eine Preissteigerung von 15 Rappen je Kilo Zucker ist für alle verkraftbar.»	I	55 %	: 33 %	(12 %)
	II	51 %	: 44 %	(4 %)
	III	91 %	: 5 %	(4 %)
10) «Der Bund muss sparen. Jetzt können wir einen Teil der Subventionen für die Zuckerverwertung abbauen.»	I	34 %	: 46 %	(20 %)
	II	42 %	: 42 %	(16 %)
	III	31 %	: 50 %	(19 %)

1 Zusammenfassung von «voll» und «eher einverstanden».

2 Zusammenfassung von «eher nicht» und «überhaupt nicht einverstanden»

3 I = Stimmberechtigte Total / II = Nein-Stimmende (61,8% der Teilnehmenden oder 20,7% der Stimmberechtigten) / III = Ja-Stimmende (38,2% der Teilnehmenden oder 13,1% der Stimmberechtigten)

einander. Eine ähnliche Gewichtung – wenn auch weniger stark ausgebildet – gilt für die Frage der in- bzw. ausländischen Produktion von Zucker (Vorgaben 3 und 8). Eher ausgeglichen, allenfalls wenig gefestigt, erscheinen die wirtschafts- und finanzpolitischen Ansichten zum schweizerischen Zuckerrübenanbau. So findet sich eine Mehrheit für das allgemein gehaltene Argument, der Zuckerbeschluss hätte anstehende Probleme auf dem Buckel der Konsumenten gelöst; spricht man umgekehrt vom Ausmass der vorgesehenen Preissteigerung, kippen die Verhältnisse wieder um. Jeweils mehr als die Hälfte der Nein- bzw. Ja-Stimmenden kann sogar die entgegengesetzte Sichtweise unterstützen (Vorgaben 4 und 9). Nur wenig ausgebildet sind die Meinungen zur Wirtschaftlichkeit des Zuckerrübenanbaus. Ebenso wie die mit der Vorlage verknüpften Sparbemühungen blieben diese Argumente randständig für die Meinungsbildung der Teilnehmenden (Vorgaben 5 und 10).

4) Die Lehrwerkstätten-Initiative

Mehrere Ergebnisse bei kantonalen Abstimmungen über die Einführung von staatlichen Lehrwerkstätten in der ersten Hälfte der 80er Jahre hatten auf der einen Seite Hoffnungen geweckt, auf der andern Ängste geschürt: Im grossstädtischen Basel erhielt ein entsprechender Vorschlag des lokalen Gewerkschaftsbundes 1985 41,4% der Stimmen; aber auch im ländlichen Uri votierten 1980 40,8% für ein von linken und alternativen Kräften vorgebragtes Begehren zur «Sicherung der Berufsbildung» mit Lehrwerkstätten.

Schon der Abstimmungskampf über die national lancierte *Volksinitiative*, die unter dem Titel für eine «gesicherte Berufsbildung und Umschulung» – kurz: *Lehrwerkstätten-Initiative* – lief, liess den Gegensatz dazu erkennen. Schnell einmal war klar, dass der von der Sozialistischen Arbeiterpartei vorgeschlagene Verfassungstext chancenlos sein würde. Das Resultat bestätigte denn auch in eindrucklicher Weise die Stärkenverhältnisse. Mit 81,6% Nein-Stimmen mobilisierten die Gegner eine breite Front ablehnender Stimmen. Von bürgerlicher Seite wurde das Begehren praktisch diskussionslos und einhellig zur Ablehnung empfohlen; entsprechend entschlossen war auch der Stil der Abstimmungskampagne. Nicht alleine zum spezifischen Inhalt, auch zu Grundsatzpositionen beim Verhältnis von Wirtschaft und Staat äusserten sich die vehementen Verfechter der Nein-Position. Schwerer tat sich dagegen die reformistische Linke. Nach der positiv verlaufenen Abstimmung über das Berufsbildungsgesetz hatten sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten hinter die ursprünglich bekämpfte rechtliche Grundlage der beruflichen Ausbildung gestellt. Allerdings meldeten sie mit eigenen Konzepten weitergehende Forderungen an. Erst kurz vor der Abstimmung öffneten sie ihre Position wieder: Die SPS sagte Ja zum SAP-Begehren, wenn ihr auch fünf Kantonalsektionen nicht folgten. Der SGB überliess es mit seiner Stimmfreigabe den Einzelverbänden, ihre Haltung zur Lehrwerkstätten-Initiative zu klären. Volle Unterstützung fand diese einzig bei der äussersten Linken.

Tabelle 12: Stimmverhalten bei der Lehrwerkstätten-Initiative nach Merkmalsgruppen

Merkmal	Gruppen	Stimmverhalten in % (N = materiell Stimmende) ¹		
		Ja	Nein	Signifikanz ² (Zeilenprozentuierung)
Geschlecht :	Männer	16	84	nein
	Frauen	22	78	
Alter :	20-39jährige	23	77	nein
	40-64jährige	15	85	
	65-84jährige	18	72	
Berufliche Stellung :	Erwerbstätige Total	15	85	nein
	- Selbständige, Angest. und Beamte/ Beamteninnen in leitender Stellung	7	93	
	- Angestellte und Beamte/Beamteninnen in mittlerer Stellung	17	83	
	- Angestellte in einfacher Stellung	19	81	
	(- Landwirte) ³	0	100	
	- Arbeiter / Arbeiterinnen	20	80	
	Nicht-Erwerbstätige Total	27	73	
	- Studenten / Studentinnen	47	53	
	- Hausfrauen / Hausmänner	25	75	
	- Rentner / Rentnerinnen	27	73	
Ausbildung :	Obligatorische Schulen	22	78	nein
	Berufsschule u.ä.	17	83	
	Gymnasium, Hochschule u.ä.	23	77	
Besitzverhältnisse :	Hauseigentum	11	89	ja (0,01)
	Miete, Pacht	26	74	
Landesteil :	Deutsche Schweiz	18	82	nein
	Französische Schweiz	27	73	
Siedlungsart :	Grossstädtische Umgebung	31	69	ja (0,05)
	Mittel- und kleinstädtische Umgebung	16	84	
	Ländliche Umgebung	15	85	
Parteisymphathien ³ :	FdP (inkl. LPS)	1	99	ja (0,01)
	(SVP)	0	100	
	CVP	2	98	
	SPS	50	50	
	(POCH / PdA / SAP)	85	15	
	Keine Sympathien	12	88	
Subjektive Betroffenheit :	hoch	33	67	ja (0,05)
	mittel	21	79	
	tief	11	89	
Total :	effektiv	18,2	81,8	

1 Zu den «materiell Stimmenden» werden nur die Befürworter und Gegner gezählt; wer angab, leer votiert zu haben bzw. eine Antwort verweigerte, wurde weggelassen. Die Abweichung zwischen der erhobenen und effektiven Zustimmung wurde auf alle Merkmalsgruppen gleichmässig verteilt.

2 Das Signifikantniveau wird mittels eines Chi-Quadrat-Tests bestimmt. Dieser gibt an, mit welcher Sicherheit ein in der Untersuchung ermittelter Zusammenhang auch in der Realität gilt. Als Sicherheitsgrenze wird eine Wahrscheinlichkeit von 95% verlangt, d.h. $p < 0,05$ (5%).

3 Angaben zu Merkmalsgruppen, die in Klammern gesetzt sind, verstehen sich nur als Tendenz, da die Zahl der Befragten weitergehende Schlüsse nicht zulässt.

4.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

In unserer Befragung verweigerte mit 7% ein üblicher Anteil die Antwort zum Stimmverhalten; 3 weitere Prozent äusserten sich, leer votiert zu haben. Die materiell Antwortenden verteilen sich genau im Verhältnis von 3 zu 1 auf Gegner und Befürworter.

Aufgegliedert nach der *politischen Orientierung* muss eine hypothetisch angenommene Polarisierung entlang der Links/Rechts-Achse wie folgt modifiziert werden: Soweit die Befragtenzahlen zuverlässige Rückschlüsse überhaupt zulassen, unterstützten die Anhänger der SAP und der äussersten Linken die Lehrwerkstätten-Initiative. Schon die Sozialdemokraten müssen anders beurteilt werden; mit genau gleich starkem Ja- bzw. Nein-Anteil kommt die Widersprüchlichkeit der Meinungsbildung augenfällig zum Ausdruck. Dies allein stiess jedoch nicht ausschlaggebend für die Klarheit der Abstimmungsniederlage. Will ein Volksbegehren mit gesellschaftspolitischer Stossrichtung eine Annahmehchance haben, muss es auch erhebliche Teile der Parteiungebundenen ansprechen können. Wie unsere Daten belegen, war der Initiativinhalt selbst, allenfalls seine Politisierung, gerade hier auf entscheidenden Widerstand; mit 88% Nein-Stimmen zählten die parteipolitisch Ungebundenen klar zum gegnerischen Lager. Gemeinsam mit den Sympathisanten der bürgerlichen Parteien, die eine noch lückenlosere Phalanx (erhobene Nein-Anteile zwischen 98 und 100%) bildeten, beeinflussten sie die Höhe der Verwerfung.

Ergibt sich schon nach politischen Gesichtspunkten nur eine bedingte Polarisierung, erstaunt es kaum, dass nach den vielfältigeren *gesellschaftlichen Kategorien* praktisch keine Unterschiede mehr resultieren. Erwerbstätige aller Art verwarfen die Initiative im Verhältnis von 4 zu 1 oder noch deutlicher. Einzig bei den Studierenden (inkl. Lehrlinge mit Stimmrecht) schlägt das Pendel aus und halten sich die beiden Lager annähernd die Waage. Auch *regionale Unterschiede*, die für sozial- oder konsumentenpolitische Fragen typisch sind, brechen bei der Lehrwerkstätten-Initiative nicht durch. Zwar verhielten sich die Westschweizer weniger abweisend gegenüber dem SAP-Begehren; doch ist der ermittelte Prozentsatz Ja-Stimmender noch weit von einer Mehrheit entfernt. Zweitens polarisierte die Vorlage nicht entlang des Stadt/Land-Unterschiedes; vielmehr wurde sie in den ländlichen und klein- bzw. mittelstädtischen Zentren stark verworfen und konnte sie einzig in den grossstädtischen Ballungsräumen überdurchschnittlich viele Sympathisanten ansprechen.

4.2 Die Meinungsbildung – Spontan genannte Entscheidmotive

Auch die individuell relevanten Entscheidmotive folgen stark den in der Kampagne hervorgehobenen Argumentationsmustern (vgl. *Tabelle 13*). Gemäss unserer offen gestellten Frage dominieren drei Motivgruppen bei den *Nein-Stimmenden*: Am häufigsten wurde die Ansicht vertreten, das heute geltende Berufsbildungsgesetz habe sich bewährt; am Grundsatz der Meisterlehre solle nicht gerüttelt werden. Allein schon die Verbreitung dieses Beweggrundes (33% der Teilnehmenden) übertrifft die Zahl der Ja-Stimmenden um das Eineinhalbfache. Quantitativ ebenfalls ins Gewicht fallen die geäusserten Bedenken gegenüber einer staatlich organisierten Berufsausbildung; dabei mischten sich prinzipielle

Einwände mit Aussagen, wonach die Lehrwerkstätten Berufsleute ohne praxisnahe Erfahrungen ausbildeten (19% der Teilnehmenden). Schliesslich war die Finanzierungsart in verschiedener Hinsicht Ansatzpunkt für eine ablehnende Haltung (weitere 11% der Teilnehmenden).

Tabelle 13: Entscheidungsmotive bei der Lehrwerkstätten-Initiative

Motiv(gruppen) nach Stimmverhalten	Nennungen bei Nein- resp. Ja- Stimmenden (Mehrfachnennungen möglich)	Verbreitung unter den Teilnehmenden	
<i>Nein-Stimmende</i>			
● Unspezifische Nein-Motive (schlecht, bin dagegen, einfach so etc.)	6 %	5 %	81 %
● Berufsbildung hat sich bewährt	43 %	33 %	
● Privatwirtschaft macht es besser (gegen Staatseingriffe, Praxisnähe der Meisterlehre etc.)	23 %	19 %	
● Steigende Steuern, Lohnprozente / Gegen Kostenverteiler	15 %	11 %	
● Lehrlinge anders unterstützen (GAV unterstellen etc.)	2 %	1 %	
● Parolen / Empfehlung Dritter	4 %	3 %	
● Übrige und diffuse Nein-Motive	4 %	3 %	
● Keine Angabe	—	6 %	
	100 %		
<i>Ja-Stimmende</i>			
● Unspezifische Ja-Motive (gute Sache, bin dafür etc.)	14 %	2 %	19 %
● Situation der Lehrlinge verbessern	47 %	9 %	
● Umschulungsmöglichkeiten verbessern	18 %	3 %	
● Bestimmte Sozialgruppen (Frauen, Benachteiligte) unterstützen	11 %	2 %	
● Eigene Erfahrung mit Lehrwerkstätten	3 %	1 %	
● Parolen / Empfehlung Dritter	3 %	1 %	
● Übrige und diffuse Ja-Motive	3 %	1 %	
● Keine Angabe	—	0 %	
	100 %	100 %	

Wenn inhaltlich eine starke Übereinstimmung mit den Aussagen der Kampagne festgehalten werden kann, so darf dies nicht zwingend auf den Stil übertragen werden. Rein ideologisch ausgerichtete Sichtweisen («marxistisches Gedankengut») tauchten eher selten auf; dies heisst allerdings nicht zwingend, dass sie keine Grundlage für vor allem thematisch kaum mehr differenzierbare Antworten gewesen wären.

Die *Ja-Stimmenden* lassen sich weniger detailliert gruppieren. Dies hängt mit der Fallzahl zusammen; aber auch die Allgemeinheit der Antworten spielt eine Rolle. Hauptmotiv war der Wunsch, eine als verbesserungswürdig beurteilte Situation zu verändern. Diese Absicht bezog sich einmal auf Lehrlinge, ein anderes Mal wurden mit Frauen, wenig Ausgebildeten oder Behinderten besondere Zielgruppen genannt. Die mit der Initiative ebenfalls ange-

strebte Verbesserung bei der Umschulung war auch für die Befürworter nur von zweit-rangiger Bedeutung. Eigene Erfahrungen mit Lehrwerkstätten motivierten 1% der Teilnehmenden, ein Ja einzulegen.

4.3 Ausgewählte Einstellungen zur Berufsbildung

1978 kam es bei der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes zu einer heftigen Kontroverse, wollte doch die geschlossen auftretende Linke die gesetzliche Fixierung der Anlehre verhindern. Mit einem Referendum vermochte sie immerhin 44% der Stimmenden gegen das neue Gesetz zu mobilisieren.

Die politische Analyse zeigte, dass nebst der Lancierung einer Initiative die reformistische Linke und die bürgerlichen Parteien spezielle Haltungen zur Berufsbildung formuliert hatten. Stark vereinfacht halten letztere das heutige System für weitgehend perfekt; abweichend davon vertraten die Gewerkschaften die Ansicht, wenn auch am Grundsatz der Meisterlehre nichts geändert werden solle, heisse dies nichts für die Unterstellung der Lehrlinge unter Gesamtarbeitsverträge. Mit zwei Interview-Vorgaben haben wir versucht, diese beiden Ansichten als typische Einstellungen einzufangen und sie hinsichtlich ihrer Verteilung in der Bevölkerung und bei ausgewählten Merkmalsgruppen zu untersuchen.

Bezogen auf alle befragten Personen können 71% der Aussage zustimmen, die *heute praktizierte Ausbildungsart habe sich bewährt*. Weniger als der eindeutige Prozentsatz erstaunt die Verteilung innerhalb der Bevölkerung: Mehr oder weniger überall wird diese Ansicht in gleich starkem Masse geteilt. Dies gilt für alle Positionen unter den Erwerbstätigen, weitgehend aber auch nach Schulabschluss. Auch bezüglich der politischen Orientierungen sind die Abweichungen minim. Vor allem wird im Vergleich zu 1978 der Wandel der Sozialdemokratie bestätigt.

Geringer ist die ausgewiesene Unterstützung der Forderung, wonach die Lehrlingssituation durch die *Unterstellung unter die GAV* verbessert werde. Insgesamt äussern sich 40% der Befragten *positiv eingestellt*. Bei den übrigen dominiert mehr Überforderung und Indifferenz als bewusste Ablehnung. Auch hier sind die ausgewiesenen Unterschiede bezüglich sozialer und politischer Gruppierungen bescheiden. Interessant – wenn auch möglicherweise etwas zufällig – sind die ermittelten Anteile Freisinniger und Sozialdemokraten, die unmittelbar nach der abgelehnten SAP-Initiative die gesamtarbeitsvertragliche Regelung der Lehrlingssituation empfehlen.

Tabelle 14: Ausgewählte Einstellungen zur Berufsbildung

Merkmalgruppen	«Betriebslehre hat sich bewährt» («voll») und «eher einver- standen»)		«Lehrlinge des GAV unterstellens» Ablehnung («eher nicht») u. «überhaupt nicht einverst.»)		Keine Angabe	
	Zustimmung («voll») und «eher einver- standen»)	Ablehnung («eher nicht») u. «überhaupt nicht einverst.»)	Zustimmung («voll») und «eher einver- standen»)	Ablehnung («eher nicht») u. «überhaupt nicht einverst.»)	Keine Angabe	Keine Angabe
Befragte Total	71 %	9 %	40 %	21 %	(20 %)	(39 %)
Nach beruflicher Stellung:						
- Selbständige, leit. Angestellte und leit. Beamte / Beamtinnen	77 %	5 %	36 %	23 %	(18 %)	(41 %)
- Landwirte	87 %	0 %	35 %	22 %	(13 %)	(43 %)
- Angestellte und Beamte / Beamtinnen in mittl. Stellung	68 %	9 %	39 %	21 %	(23 %)	(40 %)
- Angestellte in einf. Stellung	70 %	9 %	48 %	14 %	(21 %)	(38 %)
- Arbeiter / Arbeiterinnen	72 %	10 %	46 %	23 %	(18 %)	(31 %)
Nach Ausbildung:						
- Obligatorische Schulen	61 %	6 %	42 %	12 %	(33 %)	(46 %)
- Berufsschule u.ä.	75 %	9 %	42 %	23 %	(16 %)	(35 %)
- Gymnasium, Universität u.ä.	69 %	13 %	33 %	28 %	(18 %)	(39 %)
Nach Parteisymphathien:						
- FdP (inkl. LPS)	83 %	4 %	57 %	17 %	(13 %)	(26 %)
- SVP	93 %	0 %	43 %	29 %	(7 %)	(28 %)
- CVP	71 %	13 %	37 %	20 %	(16 %)	(43 %)
- SPS	71 %	15 %	36 %	24 %	(14 %)	(40 %)
- Keine Sympathien	69 %	7 %	39 %	19 %	(24 %)	(42 %)
Nach Stimmverhalten:						
- Ja-Stimmende LWS-Initiative	56 %	34 %	39 %	38 %	(10 %)	(23 %)
- Nicht-Stimmende LWS-Initiative	88 %	3 %	46 %	23 %	(9 %)	(31 %)

1 Interviewvorgabe: «Die heutige Berufsbildung, welche die Betriebslehre ins Zentrum stellt, hat sich bewährt.»
 2 Interviewvorgabe: «Statt der Initiative zuzustimmen, sollte man die Lehrlinge den Gesamtarbeitsverträgen unterstellen.»

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. September 1986

Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Am 28.9.1986 waren die Stimmberechtigten aufgerufen, zu 4 eidgenössischen Vorlagen Stellung zu nehmen. Allen Vorschlägen gemeinsam ist ihre mehr oder weniger deutliche Verwerfung. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass die 4 Nein unterschiedlich interpretiert werden müssen.

Bei der *Kultur-Initiative* und ihrem *Gegenvorschlag* spielte das Abstimmungsverfahren eine besondere Rolle. 56% der gültigen Stimmen lassen sich als positive Einstellung zu einer wie auch immer ausgerichteten staatlichen Kulturförderung verstehen. Wenn auch rechtlich unverbindlich, kann bei der Grundsatzfrage von einer Ja-Mehrheit ausgegangen werden. Am stärksten unterschied sich das Stimmverhalten zwischen den Urnergängern der neuen und alten Mittelschichten. Bauern, Gewerbetreibende und Selbständige verwarfen beide Vorlagen aus Anti-Etatismus oder aus Distanz zur heutigen Kultur. Vor allem Angestellte in mittleren Positionen stehen der Kulturförderung positiv gegenüber; hier mag eine andere Werthaltung in Richtung Kreativität und Offenheit für nicht-materielle Aspekte eine Rolle gespielt haben. Bei der Arbeiterschaft ergab sich ein gespaltenes Stimmverhalten; die bedrohte Tradition der Arbeiterkultur mochte hier Anlass für den nicht zwingend erwartbaren Entscheid sein.

Auch die Wahl zwischen den beiden Varianten war nicht unbeeinflusst von der Verfahrensfrage. Gemäss den Entscheidungsmotiven identifizierten sich die meisten Befürworter der Initiative mit dem Inhalt der Vorlage. Dagegen kann nur etwa die Hälfte des Ja-Anteils beim Gegenvorschlag so erklärt werden. Für rund einen Fünftel der Stimmenden waren taktische Motive massgeblich. Dem entspricht, dass der Variantenentscheid stark mit dem Regierungsvertrauen (zugunsten des Gegenvorschlages der Behörden) und dem kulturellen Interesse (eher zugunsten der Initiative) gekoppelt war. Parteipolitisch ergab sich kein eindeutiges Profil mehr. Allerdings nur die Basis der SVP und die Parteijungebundenen votierten mehrheitlich gegen beide Varianten gleichzeitig.

Unabhängig vom fehlenden Verfassungsartikel liessen wir die Stimmberechtigten die Zweckmässigkeit von 16 vom Bundesrat befürworteten Massnahmen zur Förderung des kulturellen Lebens beurteilen. Am schlechtesten schnitt dabei die steuerliche Privilegierung von Mäzenen ab. Die Unterstützung der bewahrenden Kultur ist umgekehrt weitgehend unbestritten. Je nach Stimmverhalten unterschiedlich positiv ist die Beurteilung der Förderung heute lebender Kultur oder Kulturschaffender.

Dass die Solidarität der Stimmberechtigten mit der Landwirtschaft an Grenzen stösst, macht das negative Resultat zum vorgelegten *Zuckerbeschluss* deutlich. Nur gerade die Bauern selbst befürworteten die verlangten Massnahmen einhellig. Dagegen verwarfen vor

allem Arbeiter und einfache Angestellte die Vorlage. Ein Vergleich der Resultate mit seiner ähnlich gelagerten Abstimmung aus dem Jahre 1970 lässt erkennen, dass der Schulterschluss mit der Landwirtschaft vor allem in ländlichen Gebieten der Zentralschweiz, aber auch der Ostschweiz nachgelassen hat. Damit entschärfte sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land leicht. Nicht massgeblich war der Entscheid der (Haus-)Frauen. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Annahme, die preisbewussten Konsumentinnen hätten der Vorlage den entscheidenden Schlag versetzt, einem Wunschbild entspricht. Dennoch spielten konsumentenschützerische Motive eine Rolle für die Verwerfung des Zuckerbeschlusses; sie waren aber nicht geschlechtsspezifisch. Wichtiger noch waren Bedenken, mit dem im Mittelland betriebenen Zuckeranbau würde nicht den förderungswürdigen Bergbauern geholfen. Grundsätzliche Motive pro und kontra Landwirtschaftspolitik waren in beiden Lagern gleich stark.

Gar keine Chance hatte die *Lehrwerkstätten-Initiative* der SAP. Nur gerade die Anhänger der äussersten Linken und etwa die Hälfte der SP-Sympathisantenschaft stimmte zu ihren Gunsten. Zwei Gründe waren es vor allem, die von den Nein-Stimmenden angegeben wurden: Einmal ist das Vertrauen in das heutige System der Berufsbildung mit der Meisterlehre hoch; aber auch die geforderte Ausgestaltung der Lehrwerkstätten bzw. deren Finanzierungsart stiessen auf Widerspruch.

Mit 35% Teilnehmenden war die *Stimmbeteiligung* tief. Vor allem der Zuckerbeschluss löste gemäss einer Selbsteinschätzung persönliche Betroffenheit aus und bot gleichzeitig die geringsten Schwierigkeiten für einen Entscheid. Die drei andern Vorlagen vermochten kaum mehr als die rund 30% regelmässigen Urnengänger zu bewegen.

Analyse de la votation fédérale du 28 septembre 1986 *Récapitulation des résultats principaux*

Le 28 septembre 1986, les citoyennes et citoyens suisses ont été appelés à se prononcer sur quatre objets. Tous quatre ont été repoussés plus ou moins nettement. Notre analyse montre que ces quatre «non» sont à interpréter différemment.

La procédure de vote a joué un rôle particulier en ce qui concerne *l'initiative sur la culture* et le *contre-projet* qui lui était opposé. 56% des votants se sont en effet montrés favorables à un soutien étatique de la culture. C'est ainsi que, même si elle ne revêt aucune obligation juridique, on peut dégager de cette votation une majorité de «oui» à la question de fond. Du point de vue du comportement électoral, le clivage essentiel s'est situé entre les votants de la nouvelle et de l'ancienne classe moyenne. Les paysans, les commerçants et les indépendants ont ainsi repoussé les deux projets par pur antiétatisme ou alors pour se distancer de la culture actuelle. Ce sont avant tout les employés des couches moyennes qui se sont montrés favorables au soutien de la culture; il se peut qu'ici, un autre élément, allant dans le sens de la créativité et de l'ouverture aux valeurs non matérielles, ait joué un rôle. Alors que l'on pouvait s'attendre à un rejet massif de sa part, la classe ouvrière s'est retrouvée divisée sur le sujet, ce qui pourrait exprimer sa crainte de voir s'effondrer progressivement la culture ouvrière.

Le choix opéré entre les deux variantes a lui aussi été influencé par la procédure utilisée. La plupart des citoyennes et des citoyens ayant accepté l'initiative se sont identifiés, conformément à leurs motifs décisionnels, au contenu-même de celle-ci. Par contre, seule la moitié environ de ceux qui ont dit «oui» au contre-projet ont ressenti ce projet comme tel. Les motifs tactiques ont été déterminants chez un cinquième environ des votants. Ce qui revient à dire que le choix entre les deux variantes a fortement été lié à la confiance manifestée vis-à-vis du gouvernement («oui» au contre-projet élaboré par les fonctionnaires) et aux intérêts culturels («oui» à l'initiative). Sur le plan partisan, aucune grande tendance ne s'est dégagée. Seule la base de l'UDC, ainsi que les votants non liés à un quelconque parti, ont voté dans leur majorité contre les deux projets simultanément.

Outre ce projet d'article constitutionnel, nous avons demandé aux personnes interrogées de juger de l'opportunité des 16 mesures adoptées par le Conseil fédéral pour le soutien à la vie culturelle. Parmi celles-ci, les allègements fiscaux de mécènes privés est celle qui a été la plus mal accueillie. Le soutien à la culture «confirmée» (comme les musées par exemple) reste toutefois incontesté. Le comportement électoral a indiqué par contre, de façon différente, si oui ou non les citoyennes et citoyens de ce pays accordaient encore aujourd'hui une quelconque importance à la culture «vivante», aux artistes et aux créateurs.

La solidarité du peuple suisse à l'égard de l'agriculture n'est plus aussi évident qu'autrefois : le résultat négatif qui a frappé l'*arrêté fédéral sur l'économie sucrière* l'a clairement démontré. Seuls les paysans eux-mêmes ont en effet accepté, à l'unanimité d'ailleurs, les mesures proposées. A l'opposé, les ouvriers et les employés principalement ont repoussé le projet de loi. Si l'on compare ces résultats avec ceux issus d'une votation semblable mise sur pied en 1970, on remarque que le sentiment de devoir protéger l'agriculture a diminué avant tout dans les régions campagnardes de Suisse centrale et de Suisse orientale, ce qui a pour effet de diminuer quelque peu l'opposition ville-campagne. Le vote des ménagères n'a pas été déterminant. Nos résultats indiquent que l'hypothèse selon laquelle les consommatrices auraient porté le coup décisif ne repose sur aucun fondement. Pourtant, certains motifs liés à la protection des consommateurs ont bel et bien joué un rôle dans le rejet de cet arrêté fédéral ; ceux-ci ne révèlent cependant aucun clivage dû au sexe. Plus importants encore ont été les doutes quant à une aide réelle des paysans de montagne par la production croissante du sucre dans le Mittelland. Les motifs de fond pour ou contre la politique agricole se sont révélés aussi forts dans l'un que dans l'autre camp.

L'*initiative sur les ateliers d'apprentissage* du parti socialiste ouvrier n'avait pratiquement aucune chance. Seuls les membres de l'extrême-gauche eux-mêmes, ainsi que la moitié environ de l'électorat du parti socialiste, ont voté en sa faveur. Ceux qui ont refusé l'initiative ont tous avancé deux raisons principales : d'une part, la confiance manifestée envers le système actuel de formation avec le maître d'apprentissage, et de l'autre, la forme d'organisation exigée pour ces ateliers d'apprentissage, ainsi que leur financement, tous deux contestés.

La *participation* à ce scrutin (35%) s'est révélée faible. Le peuple s'est surtout senti concerné par l'arrêté sur l'économie sucrière parce que celui-ci comportait en lui-même des conséquences directes pour le citoyen. C'est sur cet objet-là que la prise de décision s'est avérée la plus simple. Les trois autres objets n'ont quant à eux pas réussi à déplacer beaucoup plus des 30% de votants habituels.

Über die Probleme und Ereignisse des politischen Jahres 1985, über ihre Ursachen und Auswirkungen orientiert Sie in sachlicher, übersichtlicher und konzentrierter Form :

Schweizerische Politik im Jahre 1985

262 Seiten 21. Jahrgang Fr. 30.-

**Herausgegeben vom
Forschungszentrum für schweizerische Politik
an der Universität Bern
Neubrückestrasse 10, 3012 Bern**

Die jährlich erscheinende Publikation enthält eine klar gegliederte Darstellung der aktuellen Politik, der gesellschaftlichen Probleme und der Vorschläge zu ihrer Lösung auf Bundes- und Kantonsebene. Sie vermittelt jedoch nicht nur einen umfassenden, objektiven und präzisen Überblick über den Stand der Gesetzgebungsarbeiten, sondern bemüht sich auch um das Aufzeigen neuer Entwicklungen und Strömungen und verweist auf wesentliche Ergebnisse der Forschung im politischen Bereich. Ein Sach- und ein Personenregister erleichtern das Auffinden einzelner Tatbestände. Der Anmerkungsapparat verweist auf weiterführende Literatur und unterstützt Sie bei der Zusammenstellung von Arbeitsdokumentationen.

Roger Blum im Tages-Anzeiger vom 29.10.1986 zur neuesten Ausgabe: «Die Chronik . . . wird so immer reicher, immer perfekter, und es ist unvorstellbar, dass es noch eigenössische und kantonale Parlamentarier, Beamte und Geschichtslehrer, Journalisten und Politologen, Historiker und Dokumentalisten, Verbandssekretäre und Parteifunktionäre gibt, die ohne sie auskommen.»

Bezugsort (auch für frühere Jahrgänge): beim Herausgeber

Schweizerische Gesellschaft für politische Sozialforschung
in Zusammenarbeit mit rund 20 Hochschulinstituten:



**DATENBANK FÜR INFORMATIONSGARBEIT
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WIRTSCHAFT
SOZIALPOLITIK**

Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen, Einstellungen und Verhalten
in den Bereichen Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

VOX, entstanden aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft, wird thematisch ergänzt und ausgebaut in **UNIVOX**: einer **Datenbank für wirtschafts-, staats- und sozialpolitische Themen**.

Mehr als 20 Hochschuldozenten und ihre Assistenten (in St. Gallen, Zürich, Basel, Bern, Fribourg, Lausanne und Genf) kooperieren mit der GfS und kommentieren die von ihnen betreuten Stichworte (vgl. UNIVOX-Thematik auf den vorangehenden Seiten).

Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien u.a.m. haben **UNIVOX** bereits abonniert.

UNIVOX ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, PR-Stellen, Redaktionen, Verwaltungen und Personalabteilungen.

In den vergangenen Wochen sind bereits erste Kommentare und Tabellen erschienen. Weitere Resultate werden in nächster Zeit zur Verfügung stehen.

Wir informieren Sie gerne über verschiedene Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation.

UNIVOX kann abonniert werden beim GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546,
8027 Zürich

UNIVOX-THEMATIK

Zu den folgenden Themen wurden 1986 Repräsentativ-Befragungen mit persönlichen standardisierten Interviews durchgeführt. Einzelne Themen sind bereits kommentiert, andere stehen in Bearbeitung.

Es stehen zu einzelnen Fragen weitere Daten zur Verfügung, die als Back-Data für **UNIVOX**-Abonnenten zu Spezialkonditionen erhältlich sind.

I A Gesellschaft

Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern / Arbeitnehmern, Leuten mit Volksschulbildung / Akademikern, Leuten mit Kindern / Leuten ohne Kinder, Jungen / Alten, Männern / Frauen, Erwerbstätigen / Rentnern - Formen des Zusammenlebens, allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, Familie - Ehe und Heirat - Ausländer - Kontaktarmut, soziale Isolation

I B Wohnen

Wohnungsgrösse – Mietzins – Standort – Stadt / Land – Hausbesitz – Wohnungsmarkt – Mieterschutz

I C Gesundheit

Gesundheitszustand – Förderung der Gesundheit – gesundheitliche Probleme – Einschränkungen durch Krankheit – Belastungen / Veränderungen im Leben – berufliche Belastung – Lebensgewohnheiten, Ernährung, Bewegung, Erholung etc.

I D Ausbildung

Bildung / Ausbildung – Berufswünsche – Ausmass der Ausbildung auf allen Stufen – Umschulung – Kosten des Bildungswesens

I E Kultur

Situation in der Schweiz – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen, Fussballmatch, Chilbi, Alpaufzug, Opernabend etc. – Kulturträger – Kulturpolitik – Identifikation – allgemeines kulturelles Interesse – Kulturförderung

I F Freizeit

Freizeitgestaltung – Schaffung von Grün- und Freiflächen – Spielflächen für Kinder – Sportanlagen für jedermann – Parks – Schaffung von Wohnstrassen – Geld / Freizeit – Freizeitaktivitäten

I G Verkehr (noch nicht definitiv)

Strasse – Schiene – Luftverkehr – Mobilität – Verkehrsmittel (Kosten / Nutzen)

I H Kommunikation

Bekanntheit neuer Medien – Vorstellung / Nutzung neuer Medien – Angebot und Inhalt von Fernseh-, Radioprogramm und Zeitung – Medienpolitik – Nutzungsdaten zu Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher, SRG

I I Umwelt

Waldsterben – Lösbarkeit von Umweltproblemen – technischer Fortschritt – gesellschaftliche Grundhaltungen – Notwendigkeit der Einschränkung des Lebensstandards – Risiken der Kernenergie – Umweltbelastung als Preis für Wohlstand – Einflüsse in der Umweltpolitik – Kosten des Umweltschutzes

II A Staat

Zufriedenheit mit schweiz. Politik – dringlichste Probleme zuhanden des Bundesrates – Fähigkeit des Staates politische Probleme zu lösen – Ausdehnung der staatlichen Tätigkeit – Verwaltungen / Ämter, PTT, Steuerverwaltung, Verkehrsbetriebe, Armee, Polizei, Gemeindeverwaltung etc. – Kollegialregierung – Milizparlament – Volksinitiative – Referendum – Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

II B Demokratie

Politisches Interesse – Beurteilung der Parteien in der Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer- und Finanzpolitik – Diskussionshäufigkeit über Politik – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen – Parteisympathien – Vertrauen in die Regierung – Reformen – Einflussmöglichkeiten des einzelnen Bürgers – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen

II C Recht

Rechtskenntnisse, Rückzugsrecht bei Verträgen – Vertragsarten – Verbindlichkeit von Verträgen – wichtigste Aufgabe des Rechts – Rechtsstaatlichkeit – Vertrauenswürdigkeit von Juristen – Strafrecht – Totalrevision der Bundesverfassung – Konfliktsituationen – Gesetzesvorschriften – Volksrecht

II D Staatsfinanzen

Steuerlast – Verteilung der Finanzen – Höhe der Staatsausgaben – Defizite bei Bund, Kanton und Gemeinden – Steuerzahlen – Steuermoral

II E Sozialversicherung

Gesundheitskassen (HMOs) – Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung, Franchise, Bonus-Malus-System – Umfang / Kosten der Sozialversicherung – finanzielles Gleichgewicht der AHV – Sanierungsvorschläge für die AHV – Rentenalter – 3-Säulen-Prinzip – Volkspension – Kosten des Gesundheitswesens

III A Landwirtschaft

Agrarerzeugnisse, Qualität, Preis, Biologischer Anbau – Erhaltung der Landwirtschaft – Funktion

P.P.



8001 Zürich

/ Rolle – Gewinner / Verlierer – verschiedene Produktionsformen, Gross-, Kleinbetriebe, Berg-, Talbetriebe

III B Wirtschaft

Wirtschaftliche Entwicklung, Schweizerfirmen im Ausland – Firmenbesitz Ausland / Schweiz – Abhängigkeit vom Gang der Wirtschaft – Engagement von Firmen für die Allgemeinheit – Leistungsfähigkeit / Konkurrenzfähigkeit – Beurteilung von Prosperität / Löhnen / längerfristigen Chancen der einzelnen Branchen, Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textilindustrie, Handel, Bildungswesen, Versicherungen, Maschinen- und Apparateindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr- und Nachrichtenübermittlungsindustrie, Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie und Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Baugewerbe, Holzindustrie, Papierindustrie

III C Arbeit

Leistungsbereitschaft – Wichtigkeit der Arbeit – Arbeitsinhalt – Arbeitsumgebung – Arbeitsstundenzahl pro Woche – Sicherheit des Arbeitsplatzes – Selbstverwirklichung – Lohn – interessante Arbeit – Führungsaufgaben – Verantwortung – Kreativität – Beziehung Mitarbeiter / Vorgesetzter – Computer am Arbeitsplatz

III D Markt

Bekanntheit – Aufzählung von Märkten – schweiz. Wirtschaftssystem – sozialistisches Wirtschaftssystem – Eingriffe in Marktwirtschaft – Marktwirtschaft / Planwirtschaft – Kartelle / Monopole – Stellung des Konsumenten – Konsumverhalten

III E Geld (noch nicht definitiv)

Geldformen – Golddeckung – Preisstabilität – Währung – Sparen – Ersparnisse – Sparziele

III F Sicherung

Gefahren im Verkehr, Unfälle, Krankheit, Krieg, Umweltverschmutzung als Quellen der Bedrohung / Beunruhigung – persönliche Versicherungen – Versicherungsgrad – Nützlichkeit weiterer Versicherungen – Assoziationen zu «Versicherung» – Arbeit, Familie, Religion, Sozialversicherung, Vermögen als Quellen / Garanten der Sicherheit – Rolle des Staates – Versicherungsbetrug

IV A Freiheit (noch nicht definitiv)

Persönliche Freiheit – Unabhängigkeit – materielle und nichtmaterielle Bedingungen für Freiheit

IV B Verteidigung

Kräfteverhältnis in Europa – weltpolitische Lage – Kriegsgefahr in Europa – potentielle Angreifer – Eintrittswahrscheinlichkeit von Terroranschlägen, Natur- und technischen Katastrophen, Krieg, Rohstoff- und Energieverknappung, und wirtschaftliche Erpressung – Verteidigungswürdigkeit der Schweiz – Kampfwillie – Rüstungsreferendum – Verteidigungsausgaben – Verteidigungsfähigkeit

IV C Versorgung (noch nicht definitiv)

Notvorrat – wirtschaftliche Abhängigkeit von der Energieversorgung

IV D Welt

Zufriedenheit mit der Aussenpolitik der Regierung – Entwicklungshilfe – Zollpolitik – Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen – Zusammenarbeit mit anderen Ländern – Abhängigkeit vom Ausland hinsichtlich Waldsterben, Inflation, Drogenproblem, Konjunktur der Wirtschaft etc. – Rolle der Schweiz in der Welt

X Allgemein

Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche